

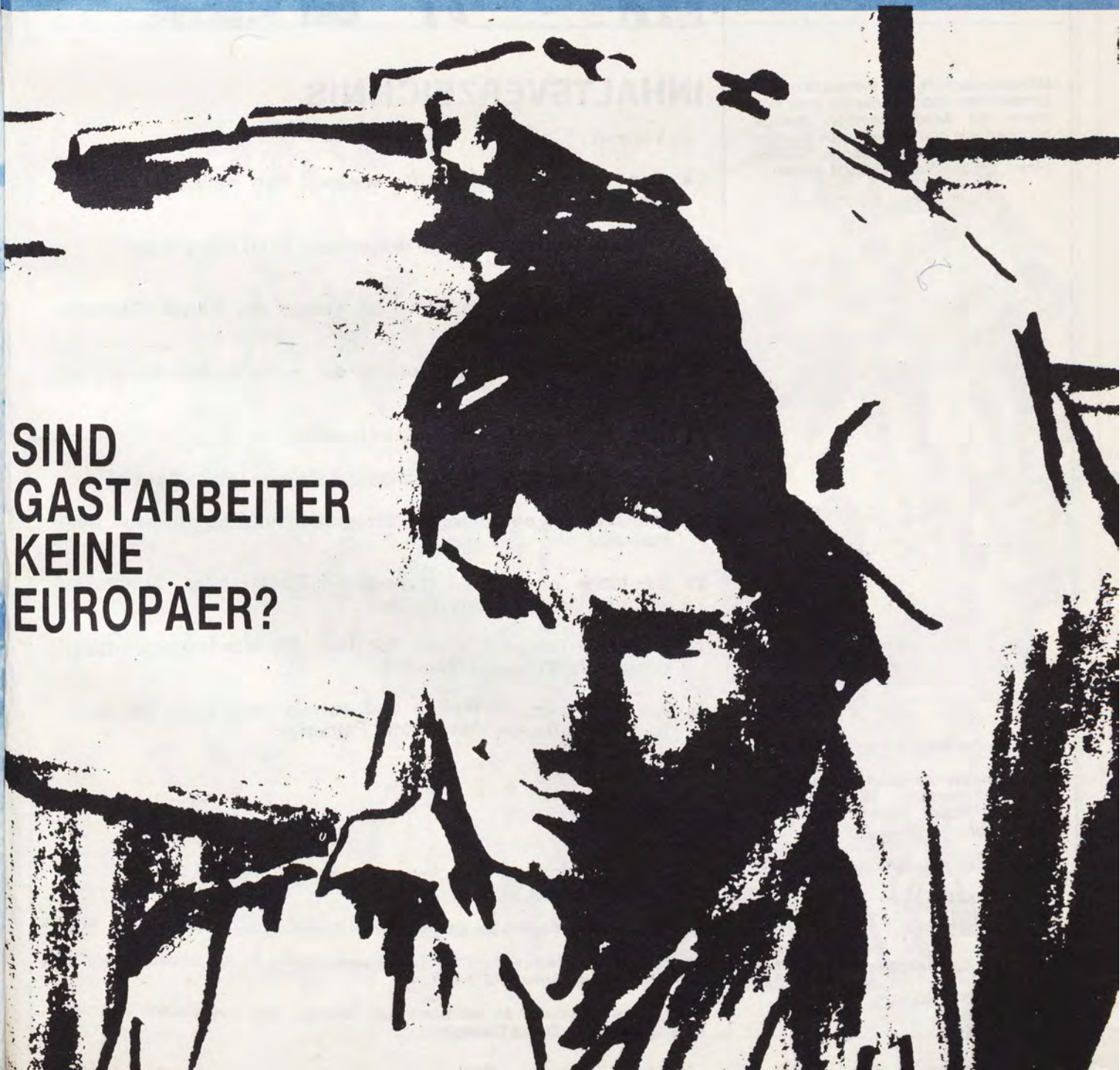
7/8 JULI
AUGUST
1979

Ausgabe in deutscher Sprache Nummer 1

**dossier
europa
emigrazione**

de:e

MONATSZEITSCHRIFT ZU FRAGEN DER ARBEITSMIGRATION



**SIND
GASTARBEITER
KEINE
EUROPÄER?**



Monatszeitschrift zur Information, Dokumentation und Diskussion über Probleme der Arbeitsmigration, herausgegeben von den vereinigten Studienzentren: CSERPE (Basel), CSER (Rom), CIEMM (Paris), SMC (London).

INHALTSVERZEICHNIS

- 3 Vorwort
- 4 Das europäische Schiff wieder flott machen! (Klaus Jentsch)
- 7 Sind «Gastarbeiter» keine «Europäer»? (Karl-Heinz Meier Braun)
- 8 Europa der Menschen über ein Europa der Märkte (Florenzo Rigoni)
- 13 Europawahl: Der lange Prozess der europäischen Integration (Josef Nolte)
- 18 Das Europazentrum Tübingen (Josef Nolte)
- 20 Kein Mangel an Verbesserungsvorschlägen (Klaus Barwig)
- 21 Literatur zur europäischen Integration und Europawahl. Eine Auswahl
- 24 Deutsche Kirche und italienische Gastarbeiter. Europa im eigenen Land (Herbert Becher)
- 28 Zwischen Integration und Rotation: die Wanderung in Deutschland 1978 (Angelo Negrini)
- 36 Ausbildungsmöglichkeiten und soziale Integration für junge Italiener in Deutschland (Peter Feindrich)

Herausgeber: Angelo Negrini

Redaktion der Ausgabe in deutscher Sprache: Florenzo Rigoni (Chefredaktor), Klaus Barwig, Karl-Heinz Meier-Braun

Herausgeber, Redaktion und Verwaltung:
CH - 4054 BASEL -
Oberwilerstr. 112
Tel. 061/38.40.91

Redaktion der Ausgabe in deutscher Sprache:
D - LUDWIGSBURG,
Solitudestr. 5
Tel. 07141/25171

Mitarbeiter dieser Nummer:

Becher, Herbert: Kommissar der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro, Bonn

Jentsch, Klaus: Fachreferent für Erwachsenenbildung in der landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg

Nolte, Josef: Historiker an der Universität Tübingen und ehrenamtlich Vorsitzender des Europa Zentrums Tübingen

Vorwort

In letzter Zeit vergeht kaum ein Tag, an dem nicht zumindest in einer überregionalen Zeitung die sogenannte «Gastarbeiterproblematik» auftaucht. Dies scheint ein erfreuliches Zeichen dafür zu sein, dass die Zahl derjenigen zunimmt, die die Bedeutung dieser Frage erkennen.

Dossier Europa hat sich schon frühzeitig den Problemen der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien angenommen. Bereits seit 1975 erscheint regelmässig eine Ausgabe in italienischer Sprache, die zum Teil auch ins Englische und Französische übersetzt wurde. Herausgeber dieser Publikation ist die CSERPE (Studienzentrum für Wanderungsfragen) mit Sitz in Rom, Basel, Paris, London, New York.

Mit der vorliegenden ersten Nummer wird der Versuch unternommen, regelmässig in deutscher Sprache auf die spezifischen Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik einzugehen. Aus aktuellem Anlass befasst sich die erste Ausgabe mit der Europawahl und der Arbeitsmigration.

Das Bedürfnis für eine solche Zeitschrift ist zweifellos vorhanden. So sahen beispielsweise rund 80 Prozent der Mitglieder des sog. «Becher-Kreises» — eine Bundesweiten Initiative in der Ausländerfrage Engagierten — die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Information zu diesem Thema.

Die Redaktion ist bei diesem Experiment besonders dankbar für Kritik, Anregungen und Mitarbeit der Leser.

Die Redaktion



Das europäische Schiff wieder flott machen!

Weshalb man sich an den Direktwahlen zum europäischen Parlament beteiligen sollte.

von Klaus Jentsch



Viele der 260 Millionen Europäer aus den 9 Staaten der EG empfinden die Beweggründe für das europäische Einigungswerk nicht mehr in der gleichen Weise, wie in den 50-er Jahren, wo Grenzbäume z.B. zwischen Frankreich und Deutschland eingerissen wurden von begeisterten Europäern, denen die Einigung Europas zu langsam voranging.

Wir dürfen nicht vergessen, dass bereits 1951 von der damals gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl festgelegt wurde, dass die Versammlung «Entwürfe für allgemeine und unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten» ausarbeitet.

Spiegelbild der Ohnmacht Europas

Der Europagedanke ist im Laufe der letzten 25 Jahre etwas Alltägliches geworden. Der grosse Schritt nach vorn, d.h. die politische Einigung

blieb aus und zu lesen war seitdem in den Zeitungen und Zeitschriften fast ausschliesslich nur noch von den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und Streitereien zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die von den nationalen Parlamenten in das europäische Parlament in Strassburg delegierten Abgeordneten machten keine Schlagzeilen, diskutierten im Europäischen Parlament Verordnungs- und Richtlinienentwürfe der Europäischen Gemeinschaft und die Aussen- und Fachminister der Mitgliedstaaten vertraten in den letzten 2 Jahrzehnten weniger europäische, sondern mehr nationale Interessen. Kein Wunder, dass der Europagedanke für seine Bürger in den letzten 25 Jahren gewaltig an Zugkraft verlor. Dadurch wurde auch für viele Mitglieder die Glaubwürdigkeit des gemeinsamen Unternehmens fragwürdig.

Doch wie ist in der Zwischenzeit die Entwicklung in Europa und den 9 Staaten der Gemeinschaft verlaufen? Die Instabilität vieler Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die überall und immer wieder festgestellt wird, ist auch das Spiegelbild der Ohnmacht Europas.

Wir müssen heute mehr als früher feststellen, dass Europa aus seiner Isolierung herauskommen muss, Europa muss der Abhängigkeit von den Supermächten entgehen und in Zukunft mehr als bisher sein eigenes Schicksal bestimmen. Auch wenn die 9 Staaten der Europäischen Gemeinschaft wirtschaftlich der bedeutendste Wirtschaftsfaktor der Welt sind, so sind sie bis dato politisch fast bedeutungslos, denn die Konflikte vor unserer eigenen europäischen Haustür lösen nicht, wir Europäer sondern andere Grossmächte. Dabei denke ich beispielsweise an den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei um die In-



6 sel Zypern, oder an den Nahostkonflikt.

Das neue europäische Parlament

Die erste Direktwahl, die vom 7.-10. Juni 1979 in den 9 Staaten der Europäischen Gemeinschaft stattfindet, bringt dem Europäischen Parlament einen erheblichen Machtzuwachs. Auch wenn das neu zu wählende Parlament noch nicht über Europas Geschicke souverän entscheiden kann, da die nationalen Parlamente auch nach dem Wahltermin noch die wesentlichsten Entscheidungsbefugnisse haben, so ist diese erste Direktwahl ein Ausdruck echter Volkssouveränität und schafft zum ersten mal eine direkte Verantwortlichkeit der gewählten Abgeordneten den Wählern gegenüber. Dies bewirkt natürlich auch eine Aktivierung des Europäischen Parlamentes. Die gewählten Abgeordneten haben nach der Direktwahl durch uns ein persönliches Interesse am Fortgang der europäischen Einigung und sind den Wählern Rechenschaft über ihren Einsatz für Europa schuldig. Anstelle der bisher 198 Abgeordneten, die von den nationalen Parlamenten ins Europäische Parlament delegiert wurden, werden 410 Abgeordnete von uns 260 Millionen Bürgern aus den 9 Staaten in das neue Parlament gewählt. Diese 410 Abgeordneten setzen sich wie folgt zusammen: Aus den Ländern Italien, Frankreich, Grossbritannien und Deutschland kommen je 81 Abgeordnete, die Niederlande entsenden 25, Belgien 24, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6 Abgeordnete. Diese von uns zu wählenden Abgeordnete werden sich nach der Wahl in ihren Fraktionen, in denen sie zusammen mit ihren politischen Freunden aus den anderen Staaten sitzen, ausschliesslich europäischen Fragen widmen. Diese Aufgabe können sie umso besser wahrnehmen, wenn sie nicht gleichzeitig ein Mandat in dem nationalen Parlament haben. Ein Doppelmandat ist nach meiner Ansicht dem europäischen Gedanken abträglich, da die nationale Interessen den europäischen Interessen widersprechen könnten.

Die nationalen Parlamente sollten dann gewisse Kompetenzen, an das direkt gewählte europäische Parlament abtreten, um den Fortgang der europäischen Einigung nicht länger aufzuhalten.

Vielleicht meint dieser oder jener jetzt, dass der zu zahlende Preis für Europa auf der einen Seite gewisse Gefahren beinhaltet und für die nationale Souveränität doch etwas

teuer ist. Gewiss, aber ich stelle die Frage, welchen Preis müssen wir zahlen, wenn wir in der Frage der europäischen Einigung untätig bleiben? Europa würde ein Land ohne Zukunft, ohne Ueberzeugung und so allmählich den Status eines Entwicklungslandes erreichen.

Gemeinsame Politik

Die Probleme, die heute einer dringenden Lösung bedürfen, sind national nicht mehr zu lösen. Gedacht sei dabei z.B. an eine dringend notwendige gemeinsame Energiepolitik. Wir brauchen nicht nur in dieser Frage einen Mechanismus, der die Zusammenarbeit und die Solidarität der Staaten in schwierigen Zeiten gewährleistet. Wir brauchen ein europäisches Programm alternativer Energiequellen, wir benötigen gemeinsame Bemühungen um unsere Sicherheit (hierbei denke ich insbesondere an die Frage der Standardisierung unserer Verteidigungswaffen).

Dabei dürfen wir die Frage des Umweltschutzes nicht vergessen.

Luft und Wasser sind national nicht rein zu halten, da Luft und Wasser keine Grenzen kennen, europäische Bestimmungen tun hier und in vielen anderen Bereichen not. Nicht vergessen werden dürfen bei einer Aufzählung von Problemen die uns alle berühren, die Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, wie z.B. die Bekämpfung der Inflation, der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Integration der Arbeitnehmer aus anderen Ländern, die Bekämpfung weiterer wirtschaftlicher Konzentrationsbestrebungen sowie die Vereinheitlichung der Arbeitszeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Aber auch die Gleichwertigkeit der Schul- und Studienabschlüsse in den 9 Ländern der EG ist eine Frage, die dringend einer europäischen Lösung bedarf.

Einige der dringenden Fragen habe ich aufgeführt. Weitere europäische Probleme harren der Lösung. Aber eine Lösung all dieser Probleme ist nur durch die Direktwahl zum Europäischen Parlament zu erreichen. Die Direktwahl bringt zwar noch nicht die Souveränität des Europäischen Parlamentes, aber sie bringt dem Parlament eine neue Autorität und verstärkt gleichzeitig die demokratische Legitimität dieses Parlamentes.

Viele andere Staaten wollen sich der Gemeinschaft anschliessen, z.B. Spanien, Portugal und Griechenland. Eine Erweiterung der Gemeinschaft ist durchaus zu begrüssen, darf jedoch durch den Beitritt anderer Länder Europa in seinem Bemü-

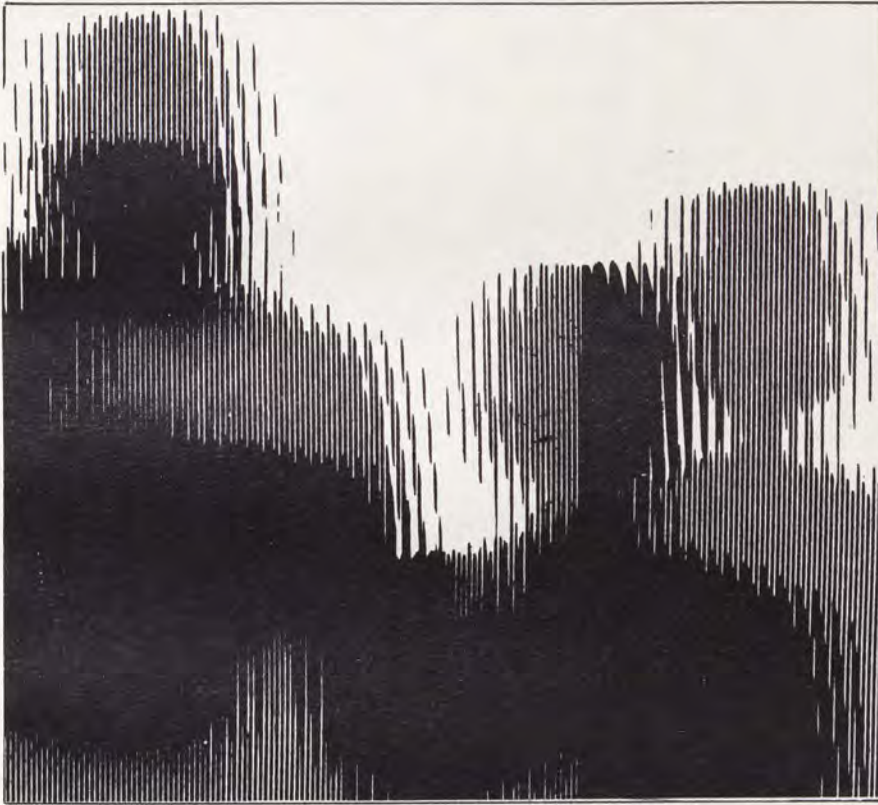
hen, sich politisch zu einigen, nicht wieder zurückgeworfen werden. Die Direktwahl zum Europäischen Parlament bedeutet, dass zum ersten mal die Bürger der 9 Staaten an der Lösung ihrer Probleme beteiligt werden, wie z.B. an der Sicherung des Friedens, an der demokratischen Gestaltung unseres Kontinents, an der Sicherung der Arbeitsplätze und an zu verbessernden sozialen Bedingungen. Gehen wir zur Wahl! Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt ohne Zweifel die Stellung der zu wählenden Abgeordneten. Treten wir die Flucht nach vorn an! Tun wir dies nicht, so fallen wir hinter Erreichtes zurück. Die erste Direktwahl — ein historisches Ereignis in der traditionsreichen Geschichte unseres Kontinentes — bringt zwar noch nicht den europäischen Bundesstaat. Diese Wahl ist aber der richtige Schritt in die richtige Richtung. Mit der Abgabe ihrer Stimme helfen Sie mit, das europäische Schiff wieder flott zu machen. Nicht zur Wahl zu gehen bedeutet, ins nationale Rettungsboot umzusteigen und in den weltpolitischen Stürmen dem Untergang geweiht zu sein.

Für mich bedeutet diese Direktwahl eine Chance für ein freiheitliches und demokratisches Europa. Jedoch besteht unsere Pflicht nicht allein darin, zur Wahl zu gehen. Informieren wir und klären wir alle unsere Mitbürger über Europa auf. Wir wollen und sollen nicht europäische Strohfeuer entzünden, denn davon gab es bereits in den letzten Jahren zu viele! Wir wollen auch nicht von Europa schwärmen, wir sollen auch von den Schwierigkeiten und Problemen reden, aber auch von den Gemeinsamkeiten und den Werten die uns Europäer verbinden, von unserem gemeinsamen christlichen Fundament, von der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und von den Gedanken der Solidarität und der Nächstenliebe. All das sind beste europäische Traditionen. Traditionen, die aber allein nicht ausreichen, denn diese Gemeinsamkeiten haben uns Europäer nicht davon abgehalten, Kriege gegeneinander zu führen. Aber diese Gemeinsamkeiten sind ein brauchbares und ideales Fundament für uns Europäer und werden von allen verstanden. Werden wir es erreichen, dass auch alle Europäer davon bewegt werden?

Erinnern wir uns der Worte Winston Churchills, der bereits 1946 sagte: «Europa muss sich vereinigen, oder es wird untergehen». Tun wir also das zuerst von Churchill erwähnte, uns einigen, denn die Lust am Untergang ist mir und sicherlich auch ihnen nicht eigen!

Sind «Gastarbeiter» keine «Europäer»?

von Karl-Heinz Meier-Braun



Anmerkungen zur Ausländerpolitik der Bundesrepublik und zu den Direktwahlen zum Europaparlament

Sozialexperten aus den Heimatländern der in Westeuropa lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien haben die meisten Aufnahmeländer beschuldigt, dass sie eine repressive Ausländerpolitik betreiben. Bei einer Veranstaltung des Europarats wurde dabei der Bundesrepublik vorgeworfen, dass sie sich der Verantwortung entziehen wolle, indem sie die «Gastarbeiter» zur Rückkehr in die Herkunftsländer ermuntere und ihnen die Familienzusammenführung schwer mache. Diese Kritik an der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik ist berechtigt, wenn man an die Situation der sogenannten zweiten und dritten Generation denkt und sich daran erinnert, dass immer

mehr Politiker in letzter Zeit von «sozialem Konfliktstoff» oder einer «sozialen Zeitbombe» reden, wenn sie zu den Problemen ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien Stellung nehmen.

Während die ausländischen Sozialexperten im April dieses Jahres ihre Kritik vorbrachten, liefen die Vorbereitungen für die ersten Direktwahlen zum Europaparlament auf Hochtouren. Politiker appellierten nicht nur in der Bundesrepublik an die Bürger, sich rege an den Wahlen zu beteiligen und bemühten sich, das Interesse für den «europäischen Gedankens» zu wecken. Was den Appell an die europäische Solidarität angeht, so richtet er sich an unsere Politiker selbst.

Denn sie haben es bisher versäumt, ausländische Familien in solcher Solidarität zu behandeln und eine entsprechende Ausländerpolitik zu formulieren. Jahrelang wurden die «Gastarbeiter» sich selber überlassen und als notwendige Übergangserscheinung hingenommen.

Gerade was die Vorbereitungen für die Direktwahl zum Europaparlament angeht, so haben es die Bundesregierung und die Landesregierungen ausserdem vernachlässigt, die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien als hier lebende Europäer einzubeziehen und die deutsche Bevölkerung über die Situation ausländischer Familien aufzuklären und Vorurteile abzubauen zu helfen. Vielleicht könnte es aber gerade dadurch gelingen, die Resignation, die sich in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der europäischen Einigung eingestellt hat, zu überwinden. Schliesslich leben oft in der Nachbarschaft der deutschen Bevölkerung ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, deren Probleme als Bürger Europas und mögliche Lösung innerhalb einer europäischen Einigung den Deutschen wahrscheinlich leichter vermittelt werden könnten, als die Begeisterung für ein fernes Europaparlament.

Das Motto «Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien in europäischer Solidarität behandeln» hätten unsere Politiker als wichtiges Wahlthema einbringen können. Dabei sollte es eigentlich zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen zur Europawahl in der Bundesrepublik keine Meinungsverschiedenheiten geben. Der gemeinsame Kampf um eine einheitliche Ausländerpolitik in ganz Europa, die Interessen und Bedürfnisse der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in den Mittelpunkt stellt und Diskriminierungen abzubauen hilft, sollte aus «christlich-demokratischem (-sozialem)», sozialdemokratischem oder «liberalem» Verständnis heraus gleichermassen möglich sein. Falls die westeuropäischen Länder und ihre Vertreter im ersten direkt gewählten Europaparlament sich nicht zumindest nach der Wahl mehr um ihre «Gastarbeiter» kümmern, könnte en sein, dass sie sich im Europaparlament schon recht bald auf der Anklagebank wiederfinden. Vor allem dann, wenn nicht nur Italien, sondern beispielsweise auch Griechenland, Spanien und Portugal die Rolle der Ankläger verstärken und die Aufnahmeländer für die Situation der «Gastarbeiter» mit Recht verantwortlich machen.

Europa der Menschen über ein Europa der Märkte

von Florenzo Rigoni



Historischer Ueberblick

Noch bis vor 50 Jahren konnte sich Europa als «Mittelpunkt» der Welt behaupten: seine Geschichte, Kultur und Zivilisation haben die letzten Jahrhunderte unserer westlichen Welt charakterisiert.

Heute ist Europa bestimmt nicht mehr das Zentrum der Welt: wegen verschiedener Gründen, die wir besprechen werden, befinden wir uns vor einem Gesichtslosen Europa. Der letzte Krieg hat uns mit zwischen Ruinen hochgehobenen Händen zurückgelassen, in einem Himmel, wo noch Rauchsäulen und Vernichtung langsam in eine tote Atmosphäre emporstiegen. Der Zeitpunkt des Wiederaufbaus liess Hass und Spaltung einiger Jahre vorher in Vergessenheit geraten.

Deutschland fand in Adenauer die menschliche Dimension ihrer Geschichte wieder. Neben ihm heben sich Schumann, De Gasperi und Monnet hervor. Europa musste auf der Basis neuer Fundamente wieder aufblühen, indem es jene geistliche Einheit, die sie jahrhundertlang charakterisiert hatte, wiederfindet.

Die Grenzen zwischen Frankreich, Deutschland und Italien öffneten sich zu einer andersartigen Atmosphäre: es waren nicht Panzer oder Soldaten, die sie überschritten, sondern harmlose Waren und nur mit gutem Willen bewaffnete Arbeitskräfte. Die Beneluxländer waren die ersten, die diesen Vorschlag billigten. Es entstand die «CECA» und darauf folgen die «EWG». Während sich Europa wirtschaftlich ordnete, seine Gestalt und geistliche Einheit wieder suchte, verlor es trotzdem endgültig seine militärische Unabhängigkeit. Der westliche und östliche Block bilden nunmehr einen Schraubstock, in dessen Mittelpunkt man ein immer machtloseres Europa findet. Beide haben Bündnisse (NATO/ Warschauer Pakt) geschaffen, die auf labilen Ausgleichlichkeiten basieren und mühsam aus Furcht vor einer nuklearen Tragödie zusammengehalten werden.

Zu seiner Zeit hat der französische Präsident, Charles De Gaulle, eine eigene Autonomie vertreten und ist mit der militärischen Politik der «force de frappe» ausgebrochen. Die Geschichte hat ihm noch nicht endgültig Unrecht gegeben, sondern den Unterschied zwischen der amerikanischen und russischen Eskalation, vergleichbar mit dem wachsenden Gefälle zwischen reichen Ländern und der dritten Welt anerkannt.

In diesem Zusammenhang ist Deutschland Mittelpunkt einer Schlachtordnung, in dem man den 3.

Weltkrieg austragen könnte. Nach diesen Vorbemerkungen versuchen wir nun, die deutsche Position in diesem möglichen internationalen Kriegsschauplatz festzulegen. Mit dem Untergang des dritten Reiches hat Deutschland endgültig seine Expansionsziele, sein Wettrüsten verlassen.

In diesem Sinne kann Deutschland vielleicht nur als Militärstützpunkt der anderen betrachtet werden, beinahe Vorposten zur Verteidigung eines Westens, der überleben möchte.

Auf wirtschaftlicher Ebene hindeszen haben die Ergebnisse des Wiederaufbaus und des «Boom's» der 50er und 60er Jahre diese Nation mit sich gerissen, die auch nach der Niederlage nicht resignierte, bis es vor allem in Europa wurde zur «Lokomotive des Westens». Die deutsche Mark, die vorher eine nie in ihrer Geschichte dagewesene Inflation erreicht hatte, setzte sich an erster Stelle der Kursmärkte. Auf internationaler Ebene ist die Industrie in der Bundesrepublik gekennzeichnet durch Industrieanlagenexport sowie Erzeugnisse hoher Technologie. Hier nimmt die Bundesrepublik eine führende Position auf dem Weltmarkt ein, die ihr eine immer solidere finanzielle Lage sichert. Das verfügbare Kapital erzeugt seinerseits eine Investitionskette. Auf politischer Ebene, mit der Oeffnung von Willy Brandt zum Osten und seiner Ostpolitik, hat Deutschland nunmehr eine absurde Spaltung (Berliner Mauer) anerkannt: der Traum Deutschlands ist eine Bundesrepublik.

Rolle und Gesicht der Auswanderung

Diese Aufbaupolitik wurde von einer Auswanderungsbewegung überlagert, die in erster Linie Flüchtlinge und Aussiedler betraf. Gemäss offiziellen Statistiken hat diese Bewegung die Zahl von 13 Millionen erreicht. Die soziale Gestalt der Bevölkerung bestand aus zwei wesentlichen Charakterzügen:

— jene, die sich in der offenen Ablehnung und in der Verstossung der totalitären Regime des Ostens zum Ausdruck brachte.

— jene, die eifrig nach einer Vereinigung strebte.

Im Jahre 1954 wird das erste Abkommen der Auswanderung unterzeichnet. Es folgen im Jahre 1960 jenes mit Italien, mit der Türkei, Jugoslawien und mit nach und nach den anderen Mittelmeerländern. Heute leben in der Bundesrepublik fast 4 Millionen Ausländer.

Man kann bestätigen, dass von jener Zeit an der deutsche wirt-

schafliche «Boom» parallel zu den Auswanderungsströmen aus den Ländern verlief, die reich an Arbeitskräften, aber arm an Industrien waren. Von einem Kulturkontrast zu sprechen kann vielleicht undeutlich erscheinen. Aber sich «Mitbürger» nennen und das tägliche Erlebnis «Gastarbeiter» zu sein, kennzeichnet jeden Menschen derart tiefgründig und oft nicht umkehrbar.

Man fühlt sich als Eindringling und ohne Aussichten. Zugleich erfährt man sein eigenes Vaterland, das man noch liebt, zurückgewiesen zu haben. Soweit es die Auswanderung anbelangt, ist die Entscheidung auszuwandern immer ein Schritt ins Unbekannte, eine erzwungene Trennung, von einer ganzen Welt, die man mit dem eigenen Leben identifiziert. Diese Welt kann aber nicht mehr die Bedürfnisse und Erwartungen des Auswanderers erfüllen.

Soziologisch gesprochen ist folglich der Auswanderer eine Insel, in der er sowohl Heimweh, als auch Rachegefühle gegen das eigene Vaterland hegt. Ausserdem entwickelt er Misstrauen gegen das Annahmeland und sperrt sich gegen ihre Institution und ihre Bevölkerung. Man spricht immer von der Ausbeutung gegenüber der Auswanderung und es sind gewisse nicht wir, die es bezweifeln. Es gibt jedoch eine Ausnutzung seitens des Auswanderers.

Vom Annahmeland verlangt man auch in hingebungsvoller Art und Weise alle jene Leistungen, die man im Vaterland gewollt hätte: es besteht beinahe ein unbewusster Krieg im Herzen des Auswanderers, der in unserem Fall Deutschland wie eine Stiefmutter betrachtet, und an welche er sich rächen will.

Wir haben Erwachsenen gerufen, und es kamen Kinder

Max Frisch schrieb: «Wir haben Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen». Wir korrigieren so: «wir haben Erwachsene gerufen und es kamen Kinder». Dadurch wird das Problem nicht verringert, sondern in seine richtige Dimension gestellt. Die Nachfrage der Infrastruktur, die schulischen Probleme, das «Morgen» der Auswanderung, spielt sich tatsächlich auf dieser Ebene ab. Die erste Auswanderungsgeneration kann auch als resigniert bezeichnet werden, zufriedengestellt von diesem zur Seite gelegten Geldhäufchen, für das Haus im Vaterland oder für eine angemessene Pension. Jedoch bleiben in dieser Welt des Auswanderers die Strukturen des Staates, die administrative Organisation, die tägliche Entfaltung eines Soziallebens, unbeharrlich deutsch.

Die Auswanderung, hat bis jetzt noch nicht die allgemeine kulturelle Tradition Deutschlands angegriffen.

In diesem Sinne sind wir nicht mit der These einverstanden, die aus Deutschland ein Einwanderungsland machen möchte. Das sagen wir im Gegensatz zu den USA und Kanada, typische Auswanderungsländer, wo sich Gegenwart und Zukunft nach der Gedankens- und Kulturströmung der Auswanderung geformt haben.

Anders kann unsere Haltung gegenüber denjenigen sein, die «de facto» aus Deutschland ein Einwanderungsland machen wollen. Ich will damit dieses Phänomen bewusst machen, das man nicht mehr ignorieren kann und eine wirkliche Integrationspolitik verlangt.

In diesem Sinne begrüßen wir mit Wohlgefallen die Aussage des Ministerpräsidenten Lothar Späth hinsichtlich der Einwanderungsrealität (siehe epd Stuttgarter Zeitung 7.4.1979). Dagegen ist noch alles für die Zweite und Dritte Generation zu erfinden.

Auf der einen Seite sprechen die Statistiken von einem progressiven Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung, weder gebremst noch aktiviert durch die Anregung des Kindergeldes, auf der anderen Seite von einem demografischen «Boom», der die Auswanderung charakterisiert.

Diese «Schere» könnte sich in Zukunft noch weiter öffnen.

In einigen Städten ist das Phänomen schon weit fortgeschritten. Die Gesamtzahl der lebendgeborenen Kinder von ausländischen Arbeitern betrug im Jahre 1975 14,78% in der Bundesrepublik.

Jedoch

in Frankfurt:	41,61%
in Mannheim:	48,87%
in Stuttgart:	36,51%

Das bedeutet:

Bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts wird bei gleichbleibender Entwicklung an jeder zehnten Schule ein Ausländeranteil von mehr als 50% bestehen.

Das statistische Landesamt Baden-Württemberg (Pressemitteilung 133/77 vom 4.7.1977) errechnet, dass im Landesdurchschnitt der Anteil der ausländischen Kinder an den Grundschulen am 31.12.1981 16,1% betragen wird, in den Hauptschulen am 31.12.1985 jedoch 33,2%. In den Ballungsgebieten sehen die Zahlen anders aus: In Bondorf (Kreis Böblingen) wird in der Grundschule am 31.12.1981 ein Ausländeranteil von 31,8%, in der Hauptschule am 31.12.1985 von 70,1% sein. Für Kornwestheim betragen die entsprechenden Zahlen 29,6% bzw. 70,6%.

Das neue Europa

Es ist das Europa der Märkte, das Europa des neuen wirtschaftlichen Liberalismus entstanden, das es verstanden hat, einen Qualitätssprung in die finanziellen und industriellen Strukturen der 9 Länder einzuprägen.

Die deutsche Situation hat auch in den letzten Verhandlungen über die

Gründung der SME eine erstrangige Funktion. Die zwei aktuellen Väter kann man in Schmidt und Giscard D'Estaing, jedoch mit verschiedenen Bezeichnungen, identifizieren. Frankreich wollte, von Ueberströmungen des Gallikanismus überhaupt nicht befreit, ein Ansehen wiedererlangen, das es noch bis vor einigen Jahren genossen hatte und das seinen erfüllten Ausdruck in General De Gaulle fand. Dennoch war die wirtschaftliche Situation nicht derart, sich erlauben zu können, die Führungsposition einzunehmen. Um einen Ausdruck der italienischen Sozialisten zu gebrauchen, hätte man sagen müssen, dass Frankreich den Baum geschüttelt hat und die Deutschen die Früchte davon geerntet haben.

Das Rendezvous der Wahlen für das europäische Parlament lässt unsere Frage zeitgemäss erscheinen: Europa von morgen, wird es noch jenes der Reichen und Armen, der schleppenden Märkte und der wackelnden — so gut es geht — angehängten Waggon sein? Wird es noch ein Europa sein, wo der Stärkere dem Schwächeren gegenüber das grosse Wort führt, wo die Vermögen beharrlich dort verankert bleiben, wo schon der Reichtum und die Verbrauchstendenz im Ueberfluss vorhanden sind? oder beginnt man die Menschen und ihre Kinder in der natürlichen Umgebung zu lassen, wie sie auf die Welt kommen und aufwachsen gesehen hat, dorthin die Investitionen verlegend? Es ist eine quälende Frage, die uns peinigt: für ein Europa, das so wie jenes gestrige wäre, lohnt es sich nicht, ein Parlament zu wählen.

Europa der Menschen nicht der Märkte, sagten wir und möchten «Europa der Mitbürger und nicht der Ausländer» hinzufügen. An dieser Stelle sehen wir Deutschland berufen, diese Frage zu beantworten: wie wird die Zukunft dieser Ausländer sein, die sich schon innerhalb deiner Pforten befinden? Die Gefahr, sich Staatsbürger Europas zu nennen und sich als Ausländer in Stuttgart, München oder Frankfurt zu fühlen, besteht. Die Auswanderung in Deutschland hat dasselbe Aussehen wie in Holland, Frankreich und England. Es ist eine Herausforderung von Ungerechtigkeit, die so bleibt, bis sie von der Ausbeutung der am Rand Lebenden, beseitigt wird.

Europa hat es verstanden, folgenschwere Ereignisse in den Jahrhunderten gemeinsam anzupacken Deutschland hat eine gewisse Einheit nach der Verzweiflung und der Spaltung wiedergefunden. Es haben sich die Probleme der Grenzen und Waren gelöst, es sind die grüne Mark und die ECU geschaffen worden. Sie sind als Mitglieder ganzer Staaten, Bevölkerungen in Höhe von Millionen von Menschen aufgenommen worden. Der Spott könnte tatsächlich vom Scheitern eines Europa's herkommen, das unfähig ist die Probleme der Wandernden zu lösen. Man spricht vom Nord-Süd Dia-





log, der an einem selben Tisch industrialisierte Nationen und Entwicklungsländer, die dritte und westliche Welt, sieht. Ein zweites Gespräch muss zwischen Arbeitskräfte Entsender- und-Aufnahmeländer angesetzt werden. Die Kluft soll grundlegend aufgelöst werden, indem man eine Entscheidung trifft, die auf politischer und wirtschaftlicher Ebene basiert, jedoch eine historische Bedeutung hat. Der Dialog ist bis jetzt sinngemäss einzigartig gewesen: die Nationen, die besitzen, machen auf Kosten der anderen Fortschritte und der Unterschied wächst im geometrischen Verhältnis.

Nord-Süd Dialog

In einem vor kurzem abgegebenen Interview sprach Prälat Mühlbacher von einer «Verzichtpolitik» (siehe Information der Diözese Rottenburg/Stuttgart Nr. 108/109, Seite 31), die von der ganzen deutschen Bevölkerung übernommen werden sollte. Man kann die Krümel von dem, was übrigbleibt oder mit überdrüssig ist, nicht mehr weitergeben. Die reichsten Länder müssten eine Geste der Grosszügigkeit machen, mit der sie sich den Ärmern zur Verfügung stellen. Wir erkennen heute in Deutschland seine industrielle Macht, seine stabile Wirtschaft, eine Handlungsfähigkeit auf allen Sektoren. Es wäre eine historische Sün-

de, den Beitrag der ärmlichen und dequalifizierten Massen, die eine derartige Macht gebildet haben, zu vergessen: nämlich jede Mobilität, die sich schweigend dorthin verschiebt, wo der Arbeitsmarkt es verlangt: die Auswanderung. Man sieht in den deutschen Grossstädten noch keine Denkmäler der Auswanderer, wie es bei den USA und Brasilien der Fall ist. Wir können auch gerne auf diese Marmorandenken verzichten, weit weniger darauf uns als Staatsbürger mit Rechten zu fühlen und in den Aufbauprozess dieses Deutschlands und Europa's hineingezogen zu sein.

Ein anderer Aspekt, der uns bedrückt, betrifft die Kultur- und Mentalitätsauseinandersetzung, die sich beim Entstehen des morgigen Europa's spalten kann.

Jede Nation hat seine Spaltungen, jedes Volk seine Friesen und Bayern, seine Roten und Schwarzen. Deutschland trägt aus ideologischen Gründen die Wunde der Spaltung in sich und viele Auswanderer sind von ähnlichen Geschehnissen in ihren Ländern gezeichnet: man denkt dabei an Jugoslawien oder an Spanien mit Franco, an den italienischen Terrorismus, an die politische Trennung des türkischen Volkes. Die Angst, die wir hier ausdrücken, ist die einer Radikalisierung dieser Positionen. Im März hat das euro-

päische Treffen der CDU stattgefunden: ein Leitmotiv beherrscht den Saal: «CDU gegen ein sozialistisches Europa». Dies beinhaltet gegensätzliche Extremismen und eine Gegenüberstellung, die nicht zu überbrücken ist. Das könnte das Absterben des kaum geborenen Pluralismus sein.

Der italienische Sozialismus ist nicht der französische und genauso wenig der deutsche. Auch der französische Gaullismus darf nicht mit der italienischen DC oder der deutschen verglichen werden. Ebenso schicksalhaft könnte sich die Intoleranz gegenüber einem typischen mediterranen Eurokommunismus zeigen. In diesem Bereich müsste Deutschland eine Nachgiebigkeit, die ihr vielleicht nicht angeboren ist, ihr aber von der historischen und kulturellen Entwicklung aufgesetzt wird, zeigen. Die sprachlichen und politischen Minderheiten Belgiens müssten beispielsweise innerhalb dieses Europa's Raum haben, der sich für alle begrenzt und die Staatsangehörigkeit jedem seiner Mitglieder geben will. Die Auswanderung müsste mindestens nach dem Mass der anderen angesehen werden.

Deutschland sollte ein bereits vom französischen Volk entgegengebrachtes Misstrauen ihm gegenüber nicht unterbewerten. Neben der fortwährenden Versuchung des Gallikanismus kann Frankreich nicht so ohne weiteres Sedan, die Maginot und die Marionettenregierung von Pétain vergessen. Die zweideutige Haltung von Marchais, der in Chirac einen seltsamen Alliierten gegen eine europäische Vereinigung findet, müsste Deutschland anspornen, ein neues Bewusstsein zu schaffen und eine verlorene Glaubwürdigkeit auf geschichtlicher Ebene zurückzugewinnen, in einer Zukunft, die neu- und andersartig wäre.

Deutschland sollte sich dabei zurückbesinnen und eine Vermittlerrolle einnehmen.

Sozialisation

Der Auswanderer bildet eine Welt für sich, von seinem Vaterland und dem neuen Aufnahmeland weit entfernt. In diesem Sinne könnte die deutsche Gesellschaft die «Filterfunktion» im positiven Sinne entfalten, gemäss welcher man zu einer Harmonisierung der verschiedenen Tendenzen kommen kann. Es ist der technische Begriff der Sozialisierung. Damit meinen wir die Kapazität einer Gruppe und einer Person, innerhalb einer Gesellschaft, die kulturellen, religiösen und menschlichen Werte, zu vermitteln und zu

befördern («veicolare»). Dieser Begriff ist oft zugunsten der Integration oder «Akkulturation» geopfert worden.

Bei den Brennpunkten **der Sozialisierung spielt man um die Zukunft der Auswanderung und Europa's (1)**. Wenn man diese Schnittpunkte nicht individualisiert, werden wir innerhalb dieser Gesellschaft ganze Massen von Zerstreuten, Staatslosen und Pendlern haben. Der Titel einer Zeitung sagte: die Zeitbombe tickt...!!! Die Familie, die Vorschule, die Schule, die Lehrzeit werden erst heute von den Verantwortlichen der deutschen Politik ernsthaft in Betracht gezogen und darüber können wir uns nur freuen. Die Zeit treibt voran.

Die Auswanderung muss von Rechts wegen in diese Bereiche eintreten.

Die deutsche Gesellschaft muss wahrnehmen, dass sie ihre Aufnahme des Auswanderers öffnet.

In dieser Richtung sollen zugleich die eigenen Verantwortungen der Lieferländer von Arbeitkräften nicht vergessen werden. Viel zu oft wird die Auswanderung in Italien sowie in Jugoslawien oder in Griechenland wie eine Erleichterung der lokalen Arbeitslosigkeit, wie ein Dämpfungsfaktor der sozialen Spannung, angesichts der wirtschaftlichen unmittelbaren Vorteile gesehen. Eine Politik, die diese Staatsbürger als endgültig Deutschland und Frankreich anvertraut betrachtet, sollte von den Aufnahmeländern angeklagt werden.

Eine kulturelle, schulische und soziale Gegenwart kann nicht mit viel zu leichtsinnigen Ausreden vernachlässigt werden, wie es in der Vergangenheit seitens der Entsendeländer gewesen ist.

Andererseits teilen wir das Verhalten einer erzwungenen Gründung von schulischen oder politischen Getto's nicht, wie es bei Griechenland oder Jugoslawien der Fall sein kann. Die Auswanderung hat das Recht auch gegenüber den Ursprungsländern, ein unabhängiges Wort zu sprechen. Die Tatsache, ausgewandert zu sein, ändert nicht nur die persönliche Psychologie, sondern auch die soziale und kollektive «Gruppenpsychologie».

Deutschland vor der kulturellen Wanderungs-herausforderung

Es ist vor allem der kulturelle Faktor, auf den wir die Aufmerksamkeit der deutschen Gesellschaft lenken wollen. Das Volk dieser Nation kann sich heute als ein Gigant fühlen. Seine kulturelle Geschichte, seine heutige politisch-wirtschaftliche

Lage versetzen es in einen Zustand der Uebermacht. Wir erlauben uns Deutschland an einen Spruch, der von der karolingischen Schule des IX. Jahrhunderts stammt, zu erinnern: «Wir sind Zwerge, die auf den Schultern von Giganten laufen». Jeder Auswanderer könnte dieser Zwerg sein, der auf den Schultern der Deutschen sitzt, weil er mit ihnen läuft und hinter seinem Rücken noch die ganze Geschichte seines Landes hat. Konsequenz: der Auswanderer sieht eine Spanne weiter als ihr alle.

Die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte, zumindest soweit es Italien, Griechenland, Spanien oder die Türkei anbelangt, hat die deutsche Vergangenheit in keinsten Weise zu beneiden. Was die schulische Ebene betrifft, stossen wir auf eine Regelung, die zur Wahl der eigenen Zukunft im Alter von kaum 10 Jahren verpflichtet. Wir sollen uns fragen, wie klug diese Entscheidung ist. Die Auswanderung mit einer ihr völlig gegensätzlichen Tradition bringt dieses System in Schwierigkeiten. Wir hoffen, dass dabei die Herausforderung wahrgenommen wird.

Auf derselben Linie stehen die Werte, die in der Auswanderung eingewurzelt sind und die so zusammengefasst werden können: Wert der Familie, des Lebens, der Gastfreundschaft, die direkten und persönlichen Beziehungen.

Die Phantasie, die Freiheit auf den Strassen zu schreien, sich schreiend und um Mitternacht zu begrüßen, zu lachen wann man will, ohne den Fasching oder das Oktoberfest abwarten zu müssen.

Es ist die Verabredung mit einem Zug, der in die Zukunft fährt: ihn zu verlieren, bedeutet, in einer Gegenwart stumpf aneinander gefügt zu bleiben, dem Tod oder dem Niedergang bestimmt. Wenn Deutschland das Auswanderungsproblem lösen wird, es das Problem Europa's gelöst haben und die Grundlagen für eine andere Gesellschaft schaffen. Wer weiss, ob auch vom kulturellen Herzen Deutschlands morgen das Bewusstsein entsteht, das behauptet: «Migratio capta, foerum captorem coepit», die erzwungene Auswanderung hat seinen Herrscher erobert.

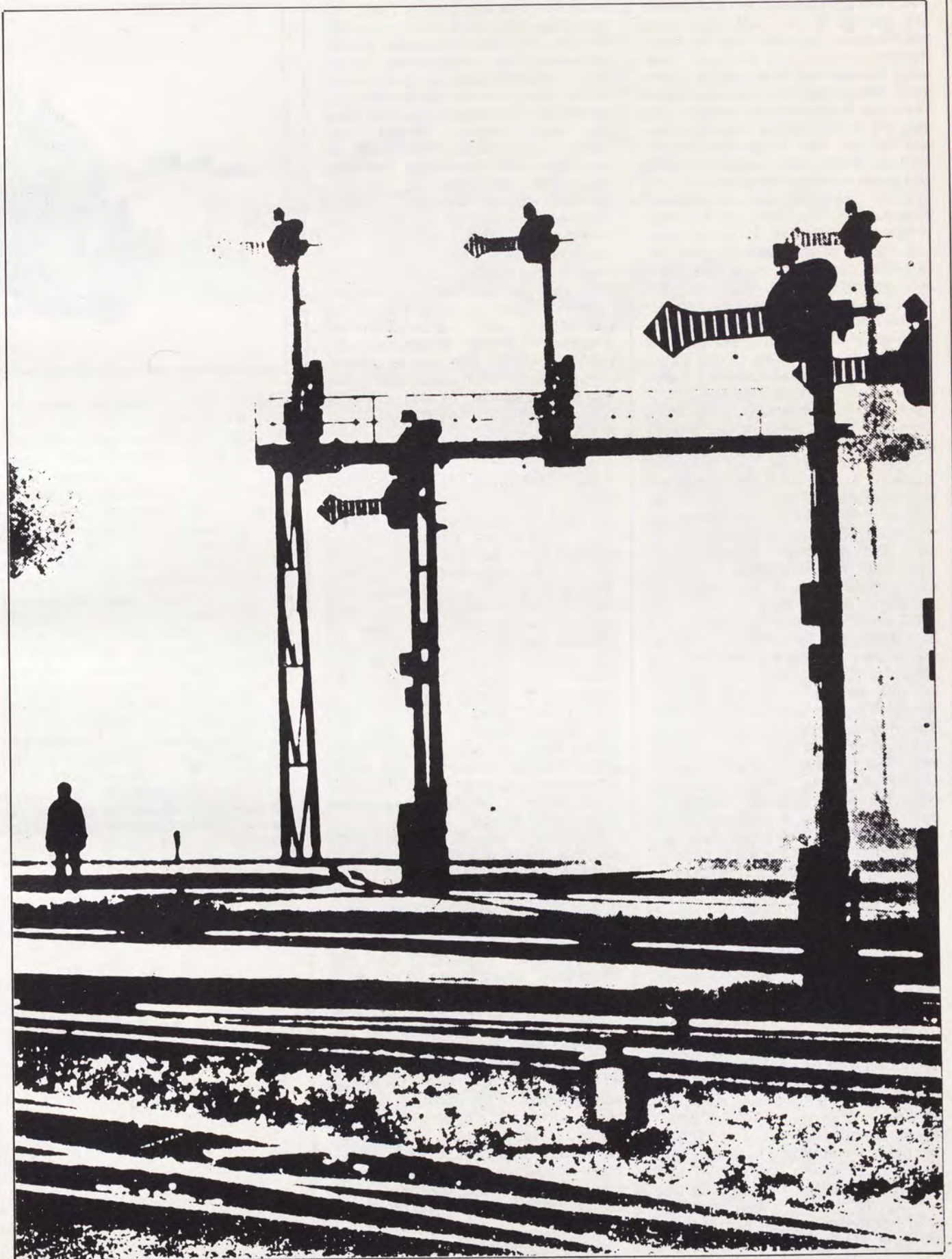
Es wäre die Rückkehr des Mediterranen zu seiner geistlichen Dimension.

(1) Es wird eine unserer Aufgaben sein, in einer der nächsten Ausgaben des DEE diese Sozialisierungsmomente zu spezifizieren.

Europawahl: Der lange Prozess der europäischen Integration

von Josef Nolte

13



Die von den wissenden Zeitgenossen bereits in der Zwischenkriegszeit ins Auge gefasste und von einer breiten Zustimmung seit dem Ausgang des letzten Weltkrieges getragene Integration der politisch dazu imstande befindlichen Völker Europas, war immer wieder dem Wechsel von Impuls und Stagnation unterworfen. Denn trotz unbestreitbarer und auch unverhoffter Erfolge ist die frühere Bereitschaft der Völker Westeuropas innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu einer übernationalen Staatenverbindung zusammenzuwachsen, nicht entschlossen weiterentwickelt und in manchen Ländern der Gemeinschaft sogar im Schwinden begriffen. Der gemeinsame Absatzmarkt sei gut und nützlich, die politische Union dagegen sei aus tieferwurzelnden kulturellen und mentalitätsgeschichtlichen Gründen weder denkbar noch wünschenswert, wird immer wieder gesagt.

Dieser resignativen und gleichermassen doch am unveränderten Marktzusammenhalt interessierten Position (namentlich der standortbevorzugten Nationen und Regionen in der Europäischen Gemeinschaft) wird hier die Grundthese gegenübergestellt: Europa ist bereits in höherem Mass eine Einheit als dieses-aus welchen Gründen auch immer-bewusst ist oder bewusst gemacht wird. Politisch gewendet: Nur aufgrund der vorhandenen kulturellen und ethischen Einheit Europas ist der Versuch einer europäischen Einigung im wirtschaftlichen und politischen Bereich sinnvoll und möglich. Die nachfolgenden kulturhistorischen und kulturethischen Ueberlegungen erfolgen deshalb in einem durchaus integrationspolitischen Horizont und erwachsen aus der fundamentalen Einsicht, dass jede Einigung an eine vorgängige — oftmals erst nachträglich empfundene — Einheit gebunden ist.

Dieser integrationstheoretischen Grundthese entspricht die historisch-politische Erfahrung, dass durch Zwang oder bloss formale Rechtsakte in Gang gebrachte Einigungsbestrebungen früher oder später misslingen.

Ein Beispiel dafür sind die in der Nachkriegszeit wiederholt kurzfristig in Angriff genommenen arabischen Föderationen namentlich zwischen Ägypten und Syrien. Negative Erfahrungen resultieren ferner aus dem einstigen Vereinigten Pakistan, das nunmehr in einen westlichen und östlichen Landsteil zerfallen ist und ehemals durch einen weit über tausend Kilometer breiten Korridor sowie eine ethnisch stark unterschied-

dene Bevölkerung getrennt war; die gemeinsame politische Kolonialverwaltung und die historische Vorgegebenheit der einigenden islamischen Religionsausübung vermochte den künstlichen Staat nicht zusammenzuhalten und das Entstehen des neuen Staates Bangla Desh nicht zu verhindern. Ähnliche Erfahrungen hat Frankreich im Algerienkonflikt gemacht. Das räumlich nicht sonderlich weit vom Mutterland entfernte Gebiet liess sich trotz aller Bemühungen nicht in das französische Territorium und Staatssystem einverleiben. Völkische, historische, soziale, religiöse und kulturelle Differenzen überwogen die politischen und wirtschaftlichen Interessen dieses Integrationsversuchs deutlich. Ein vergleichbarer Vorgang spielt sich gegenwärtig weniger spektakulär in der allmählichen politischen Entfernung Grönlands von Dänemark — und damit von der Europäischen Gemeinschaft — ab.

Die genannten leicht vermehrbaren historisch-politischen Beobachtungen bestätigen die These, dass politische Einigungsbestrebungen nicht nur die Folge ökonomischer und geopolitischer Faktoren sind, sondern dass eine gelingende und haltbare Integration auf eine vorgängige Identität gleichsam als Integrationspotential zurückgreifen können muss. Kulturelle und ethische Identität bilden somit eine bedeutende Wurzel politischer Integrationen, woraus jedoch nicht der Umkehrschluss folgt, dass ein hohes Mass an Identität und Interessen bereits notwendig und quasi automatisch zu einer politischen und historischen Integrationsanstrengung führen müsse.

Auch kann gesagt werden, dass Identität nicht ausschliesslich substantialistisch festgeschrieben werden muss auf historische oder kulturelle Kontinuität hin, sondern dass Identität und Integrationspotential auch namentlich aus den Aufgaben, Bedürfnissen, Notwendigkeiten und Interessen erwachsen kann: dass Integrations- und Identitätspotential mithin nicht nur rückwärts gewandt sondern auch nach vorn auf die Zukunft hin definiert werden kann. Auf eine Kurzformel gebracht: Identität ist nicht lediglich als Kontinuität sondern gerade im historischen Prozess auch als Solidarität zu bestimmen. Nur auf diese Weise erhält Europa die Chance einer neuen Souveränitätsbildung und die Chance zu einem feste überstaatlichen Zusammenschluss seiner Nationen.

I

Logische und historische Voraus-



setzung dieser These ist, dass Europa als identische, d.h. als eigenständige Grösse existiert und vorfindlich ist. Gründe dafür lassen sich leicht finden und in grosser Fülle darstellen. Denn sowohl die geographischen, klimatischen und ethnischen Vorgegebenheiten als auch die Verlaufsformen der europäischen Kultur und Geschichte sowie die ethischen Massstäbe im Verhalten der Europäer weist eine hohe Vergleichbarkeit auf und bildet den tragenden Grund dafür, dass die Europäer bisher stets in Verbindung geblieben sind und dass die Ereignisse in Europa als europäischer Geschichtszusammenhang verstanden und dargestellt werden können. Die geographischen, klimatischen und ethnischen Vorgegebenheiten prägen auf Grund spezifischer Faktoren die europäische Zivilisation dabei wesentlich stärker als eine humanistisch-idealistische Geschichtsschreibung mit ihrer Betonung menschlicher Grosstaten und Persönlichkeitsverherrlichung dies angenommen hat.



1. Geographisch auf den ersten Blick fast nur ein «Vorgebirge Asiens» (P. Valery) verrät der europäische Raum vom Atlantik bis nach Westrusland hinein jedoch eine durchaus vergleichbare Struktur: Europa ist durch seine Hochgebirge, Mittelgebirge und die nordeuropäische Ebene doch hinreichen gleichförmig aufgebaut, wobei in historischer Abfolge dem Mittelmeerraum mit seinen stark gegliederten und gebirgigen Anliegerländern eine zivilisatorische Priorität zukommt, während der von grossflächigen Ebenen umrahmte Nordseeraum erst seit dem Hochmittelalter und der frühen Neuzeit Schauplatz der europäischen Völkergeschichte wird. Der Mittelmeerraum aber sowie grosse Teile des zentraleuropäischen Festlandes sind durch ihre begrenzten Ackerbauflächen gekennzeichnet. Diese Raumnot und der klimatisch bedingte Zwang, die eigene und familiäre Daseinsvorsorge durch Arbeit sicherstellen zu müssen, bringt in Europa die andernorts in dieser Weise nicht vorhan-

dene oder nicht vordringliche Frage nach Besitz und Eigentum hervor, aus der heraus sich die Elemente des europäischen Rechts schon in früher Zeit ergeben. Verfügbarkeit und Vererbbarkeit von Besitz und Eigentum bilden mithin ein geographisch-klimatisch bedingtes Grunddatum europäischer Zivilisation. Komplementär dazu steht jedoch bereits in frühester Zeit die teilweise freiwillig erbrachte, zumeist jedoch öffentlich erzwungen Sozialbindung von Besitz und Eigentum; sei es, dass religiöse Feste oder grosse Legate und Stiftungen, sei es, dass Tribut, Abgaben oder Steuern soziale Einrichtungen bis hin zur Ausbildung des neuzeitlichen Rechts- und Sozialstaates mit seiner Friedens- und Ausgleichsfunktion ermöglichen.

2. Neben der Abgemessenheit und Begrenztheit der mittelgebirgigen Ackerbauflächen stellt das insgesamt — trotz seiner Unterschiede — vergleichbare Klima in Europa einen selten mitgenannten aber doch bedeutenden Identitätsfaktor für das europäische Landschaftsbild und die europäische Lebensform dar. Nicht nur die Tatsache, dass infolge des gemässigten Klimas Landwirtschaft notwendig sondern diese auch überall in Europa möglich ist, hat diesem Weltteil ein hohes Mass an Vergleichbarkeit und Wiedererkennbarkeit (etwa gegenüber der nordafrikanischen Wüste und zentralasiatischen Steppe) gegeben, sondern auch der klimatisch bedingte Zwang zu Bekleidung, Hausbau und Wärmegewinnung ist der auslösende Faktor für die Grundleistungen der europäischen Kultur.

3. Zu diesen kulturgeschichtlichen Primärfaktoren, welche die Identität

der europäischen Lebensbedingungen und Vorgegebenheiten — dem Raum und dem Klima nach — als Identität in der Differenz definieren lassen, kommt noch der ethnische Tatbestand hinzu, dass Europa bereits in frühgeschichtlicher Zeit von indogermanischen Völkerschaften besetzt ist und bis in das Mittelalter hinein (von Osten her) immer wieder durch neue Völker besetzt wird. Diese indogermanische Völkerverwandtschaft sowie der damit verbundene Völkerschub zwischen Romanen, Kelten, Germanen und Slawen ist einige Zeit hindurch, insbesondere im Einflussbereich der national geprägten oder gar nationalistisch interessierten Historiographie, nahezu ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt des Unterschieds der europäischen Völker wahrgenommen. Genauso bedeutend für das Gesamtgefüge der europäischen Kultur ist jedoch die Tatsache einer standesmässigen und sprachlichen Nähe der Völker Europas. Etymologie und linguistische Grundstrukturen der europäischen Sprachen lassen diese Nähe bis heute sehen und bringen die Verwandtschaft der Völker in Europa eindrucksvoll genug ins Bewusstsein. So gesehen sind die Sprachunterschiede in Europa gemessen an den Sprachbarrieren anderer Gebiete (z.B. Indien oder Papua-Neuguinea) keinesfalls ausschliesslich als Hemmschuh der Integration sondern unter dem Aspekt ihrer vergleichsweise starken Nähe und Erlernbarkeit durchaus als Integrationspotential zu werten.

Man kann sogar die These wagen, dass die Europäer weniger durch ihre Sprachen als durch ihre Mentalitäten, Gewohnheiten und Lebensauffassungen unterschieden sind. Wenngleich auch keine Welten zwischen den atlantischen, zentraleuro-



päischen und mittelmeerischen Bewohner unseres Teilkontinents liegen, so ist die Bewertung etwa der Arbeit als solche, der Mahlzeit als soziale und kulturelle Funktion, des Kindes als Träger des Lebens, des Hauses und anderer Grundbefindlichkeiten in Nord- und Südeuropa hinreichen stark unterschieden. Deshalb liesse sich auch ergänzend zum Sprachen-Unterricht mit hoher Dringlichkeit eine vergleichende europäische Landes- und Mentalitätskunde im Zuge stärkerer Integrationsbemühungen für Europa fordern.

II

Aehnlich dicht wie dieses Netz geographischer, klimatischer und ethnischer Identitätsfaktoren, die hier nur aufgezählt und jederzeit noch ergänzbar sind, ist das Geflecht der gemeinsamen europäischen Hochkultur und der Geschichte unseres Teilkontinents.

1. Die europäischen Kulturleistungen — zunächst auf dem Gebiet der Landbewirtschaftung und der Handelsunternehmung bzw. Koloniebildung über See, die Einrichtungen der Religion und des Rechtes, die Pflege des Wissens in den unterschiedlichen Schulformen sowie ferner die Herrschaftsformen und politischen Veränderungen sowie schliesslich die Kunstepochen und

Lebensstile, ja sogar die Modeströmungen und die Attitüden der menschlichen Selbstaufführung haben eine so hohe Durchlässigkeit und Entsprechung in ganz Europa, dass zwar nicht von einem vollständig gleichen oder in jeder Phase gleichzeitigen aber doch von einem sehr vergleichbaren europäischen Kulturablauf seit der griechischen Antike gesprochen werden kann.

Landbewirtschaftung und andere Formen gewinnträchtiger Wirtschaft sowie der überseeische Handel im Mittelmeer und später auf den Weltmeeren verlangen ständig verbesserte Einrichtungen sowohl im Bereich der Religionen (zum Zwecke der Vertragssanktion, der Zukunftschau, des Himmelsgeleites und Beschwichtigung des Götterneides) und des Rechtes (zum Zwecke der Rechtssicherheit und Streitschlichtung) als auch im Bereich der Schule (als Ort der Weitergabe und Einübung des Wissens) und im Bereich des Wissenschaft (zum Zwecke der Ueberprüfung und Vertiefung des Wissens bis hin zur philosophischen Dauerreflexion des europäischen Intellektes und allen seinen historischen Spielformen), die allesamt und überall in Europa Wirkung zeigen. In Fortschrittsabsicht, Selbstkritik und Verständigungsmöglichkeit ist Europa langfristig zu einer kulturellen Einheit zusammengewachsen.

Aehnlich homogen verläuft die Abfolge der Herrschaftsformen sowie die politische Bewusstseinsbildung in Europa.

Von den hintereinander oder in Verbindung miteinander stehenden aristokratischen, monarchischen oder auch demokratischen Herrschaftsformen der Antike hat das römische Weltreich auf das spätere Europa die nachdrücklichste Wirkung. Die mittelalterliche Feudalordnung sowie die spätere Ausbildung des modernen Nationalstaates und eines dazu passenden Völkerrechts sind ebenfalls gesamteuropäische Vorgänge; ebenso wie die Revolutionen und die derzeitige Hinwendung zur demokratischen Herrschaftsform mit ihrer charakteristischen Teilung der Gewalten in allen Nationen und Regionen Westeuropas Wirkung zeigen. Gerade hierin zeigt sich in moderner Form ein Charakteristikum europäischer Herrschaftsgestaltung, nämlich das Bemühen, Tyranie und Uebermacht zu vermeiden und eher die Macht auszubalancieren als unter dem Vorwand einer höheren Einheit ein zuviel an Machtausbildung zu gestatten.

In ganz augenscheinlicher Ähnlichkeit offenbart sich ferner jeweils die Kunst in Europa sowohl in ihren Ausdrucksbereichen der Dichtung, der bildenden Künste und der Musik als auch in ihren Ausdrucksformen und Inhalten, so dass hier nahezu ausschliesslich eine vergleichende Geschichtsschreibung ein Recht hat. Dabei begegnet in einzelnen Räumen Europas zu gegebener Zeit hier oder da eine stärkere Erfindungs- und Erneuerungskraft als anderswo, jedoch ist eine nationale Grenze künstlerischer Kraft und Durchführungen in keiner Epoche zu beobachten. So verdankt sich das sogenannte «Deutsche von der deutschen Art» (etwa der Bamberger Reiter oder die Meistergrafik Dürers) bei näherem Zusehen nicht ausschliesslich deutschen sondern in aller Regel europäischen Formtraditionen; und diese, meist italienischen Vorbilder, sind ihrerseits meist wiederum entlehnt aus dem grossen Kulturvorrat der Antike oder aus deren arabischer oder byzantinischer Interpretation.

2. Wie die Kultur- und Zivilisationsgeschichte so vollzieht sich auch die engere Geschichte der Ereignisse in Europa in einem zunehmend seit der frühen Neuzeit um 1500 dichter werdenden europäischen Beziehungsgeflecht. Es kann behauptet werden, dass alle Ereignisse von Rang in Europa die Geschichte und Kultur der einzelnen europäischen Regionen und Nationen früher oder später

geprägt haben (dies gilt für die christliche Mission in Europa ebenso wie für die Rezeption des römischen Rechts, die mittelalterliche Feudalordnung, den Investiturstreit, die Weltdeckung und Welteroberung, die Reformation, die Religionskriege, die französische und russische Revolution, die Weltkriege aber auch die Erfindung der Glühbirne und Dampfmaschine, der Atomkraft wie auch der chemischen Industrie (Prozesse), wie denn auch eine europäische Epochenbildung in der Geschichtsschreibung immer selbstverständlicher wird. Umgekehrt kann gesagt werden: Die regional unterschiedliche Integrationswilligkeit und Integrationsfähigkeit in Europa hängt auch davon ab, in welcher Weise und in welcher Dichte der europäische Geschichtsverlauf die konkreten Situationen und das jeweilige Bewusstsein einer Region geprägt haben. So kann ganz aktuell in Österreich, in Polen und in Spanien ein stärkerer Integrationswille als in Norwegen oder auf Island angenommen werden. Die integrationspolitischen Schwierigkeiten Grossbritanniens unterstreichen diese Annahme ebenso wie die sozialen und historischen Verspätungen bzw. Sonderentwicklungen in Süditalien und Irland negative Faktoren und Belastungen für den europäischen Einigungsprozess darstellen.

III

Bedeutendes Integrationspotential liegt schliesslich in der Tatsache begründet, dass menschliches Verhalten aufgrund der herrschenden und traditionellen ethischen Werte in Europa und in den europäisch geprägten Räumen der Erde weitgehend identisch gesehen werden.

1. Ungeachtet dessen, dass diese ethischen Wertmasstäbe auch in Europa ständig unterlaufen wurden, besteht doch ein europäischer Grundkonsens darüber, dass Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie die daraus ableitbaren Menschenrechte positiv zu bewerten sind. Dabei verdanken sich die europäischen Menschenrechte ebenso wie die bereits genannten demokratischen und sozialen Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einer konsequent westlichen Auslegung und Anwendung christlicher Tradition. Denn erst die spätantike und namentlich die christliche Verallgemeinerung und Verinnerlichung der Freiheit und Gleichheit, die nun nicht mehr dem gleichgeborenen Standesgenossen vorbehalten sind, hat die bürgerliche

Freiheit sowie die Unantastbarkeit der Person denkbar und durchsetzbar gemacht. Aehnlich verdankt sich die Gleichheit bzw. Gerechtigkeit (verstanden als Rechtsgleichheit und Recht der Selbstvertretung im Prozess) der christlichen Vorstellung von Tod und Weltgericht, angesichts dessen die Unterschiede zwischen den Menschen bedeutungslos werden. Ganz offensichtlich ist diese Säkularisierung religiöser Traditionen im Fall der in der Spätantike und im Christentum geforderten Nächstenliebe, für die Brüderlichkeit und Solidarität nur ein anderes Wort ist.

Neben diesen demokratischen Grundwerten und Menschenrechten, denen noch die sozialen Wertvorstellungen von Friede und Wohlergehen zugezählt werden können, ist eine weitere eher als heroisch zu bezeichnende Wertekette für die Herstellung der europäischen Kultur und Zivilisation von grosser Bedeutung.

Schon erwähnt wurde die Arbeit als Notwendigkeit europäischer Lebensgestaltung. Von grosser Bedeutung war und bleibt ferner das ethische Prinzip des Widerstands, dem Europa seine territoriale, politische und moralische Eigenständigkeit und Freiheit verdankt.

Solcher Widerstand setzt jedoch auch Bereitschaft zum Kampf voraus wie denn überhaupt das ethische Prinzip des Kampfes und das Prinzip einer «Arbeitsethik» (M. Weber) die Sonderstellung Europas in der Welt bedingen und jedes Nachlassen in diesem Bereich den europäischen Anteil an der Weltgestaltung schwächt. Das Prinzip Arbeit und Kampf hat sich ferner seit den Anfängen der europäischen Geschichte mit dem Prinzip der Kolonisation verbunden und in 19. Jahrhundert Europa zum «Schicksal der Welt» (J. Burckhardt) gemacht. Die zeitweilige Folge dieser globalen Europäisierung bestand in einer kulturellen und politischen Europäozentrik, die erst seit den europäischen Weltkriegen, insbesondere aber seit 1945 abgebaut wurde.

In diesem politisch-ethischen Zusammenhang gehört darum zuletzt auch das Bewusstsein gemeinsamer Schuld der Europäer, die zu einem Grossteil aus den Uebertreibungen der heroischen Prinzipien Europas resultiert. Kreuzzüge, Religionskriege, Kolonialismus und Weltkriege lassen die europäische Geschichte aus zunehmender Distanz heraus in manchen Zügen auch als Fehlentwicklung ansehen und stellen als gemeinsames Schuldbewusstsein ein hohes Korrektiv und damit auch einen bedeutenden

Identitätsfaktor dar. Gerade die Erfahrung des stets möglichen und schuldhaften Selbstverlustes aber zeigt, dass Europa seine Identität niemals als festen Besitz verbuchen kann sondern im geschichtlichen Prozess jeweils neu erwerben muss. Voraussetzung solchen Identitätsbewusstseins ist die Treue und Erinnerung gegenüber der eigenen europäischen Geschichte sowie die Offenheit und Bereitschaft zu solidarischem Handeln in Zukunft. Die Probleme, Notwendigkeiten, Bedürfnisse und Erwartungen der Europäer verlangen Solidarität in den grossen Fragen der national nicht mehr zu bewältigenden Friedenssicherung, Daseinsvorsorge und des Selbsterhaltens.

Denn nur eine jederzeit in Erfahrung zu bringende Solidarität kann den Sprung nach vorn ermöglichen, wonach Europa in der Gegenwart seine kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und moralischen Kräfte zu einem neuartigen, übernationalen Bundesstaat zusammenfassen und seine Vertragsfähigkeit als Völkerrechtssubjekt gewinnen sollte. Vieles spricht dafür, dass der auf diesem Wege mögliche europäische Bundesstaat Identitätserhalt, Existenzvorsorge und Friedenssicherung her gewährleisten kann als der ans Ende seiner historischen Möglichkeiten gelangte Nationalstaat. Nur bedingt eine solche Souveränitätsumschichtung die konkrete Solidaritätserfahrung gerade der wirtschaftlich und politisch schwächer gestellten Regionen und Nationen. Hilfreich wäre auf längere Sicht zur Einbürgerung der hier aufgezeigten Perspektiven die Ausarbeitung einer aufeinander bezogenen Integrationstheorie, in der Kulturwissenschaft, Kulturethik und Kulturpädagogik auf europäischer Ebene zusammenwachsen.

Vermittelt durch eine europäische Kulturpädagogik wäre dann die notwendige Geschichtsbereitschaft zu wecken und damit der Wille zur Kontinuität und Solidarität in Europa zu befestigen. Notwendig zur Erlangung eines so weit gesteckten Zieles ist der Schritt für Schritt zu vollziehende Abbau unserer Vorurteile sowie der Wechsel unserer nationalen Perspektive zugunsten der Tatsache, dass Europa eine Identität in der Differenz und seine Geschichte eine Kontinuität im Wandel darstellt. Unsere eigene «kulturelle Mehrsprachigkeit» muss wachsen, damit die objektive Identität und die zukunfts-ermöglichende Solidarität in die neue Souveränität eines europäischen Bundesstaates einmünden können.

Das Europazentrum Tübingen

von Josef Nolte

18



Dem regelmässigen Zeitungsleser wird kaum entgangen sein, dass in Tübingen seit zwei Jahren immer wieder Veranstaltungen zu Fragen der europäischen Einigung durch ein neues Institut mit Namen «Europa-Zentrum Tübingen» angeboten werden. Seitdem wird häufig die Frage laut, wer trägt dieses Institut, wie arbeitet das Europa-Zentrum und wie soll es weitergehen mit dieser Arbeit?

1. Kleine Chronik des Europa-Zentrums

Seit Herbst 1975 nehmen ältere Pläne zur Gründung eines europabezogenen Forschungs- und Bildungsinstituts für das Land Baden-Württemberg zunehmend konkrete Gestalt an und werden im Kreis der Europa-Union Baden-Württemberg

erstmals ausgesprochen.

Am 7. April 1976 konstituiert sich in Reutlingen der «Förderverein Europa-Zentrum Tübingen» und erlangt kurz darauf die Eintragung in das Tübinger Vereinsregister sowie die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Der Vereinszweck besteht der Satzung zufolge in der «Gründung und

Erhaltung eines überparteilichen und unabhängigen Europa-Zentrums». Die Aufgaben des Instituts sind dahingehend beschrieben, die europäische Einigung durch Information, Dokumentation und Konzeption zu fördern und damit einen wirksamen Beitrag zur europäischen Völkerverständigung zu erbringen. Zum Vorsitzenden des Fördervereins Euroa-Zentrum Tübingen e. V. wird Dr. Josef Nolte (Tübingen) gewählt. Die öffentliche (Gründung des Europa-Zentrums wird am 8. Mai im Beisein des Generalsekretärs des Europarates, Herrn Georg Kahn-Ackermann, durch einen Festakt in der Aula des Keplergymnasiums in Tübingen vollzogen. Gleichzeitig beginnt die landesweite Arbeit des Europa-Zentrums sowie die Ausbreitung des Fördervereins über ganz Baden-Württemberg.

Die Arbeit des Europa-Zentrums vollzieht sich seit der Gründung sowohl in den gewohnten Formen der Erwachsenenbildung — also durch Seminare, Vorträge, Diskussionen — als auch im weniger üblichen

Rahmen offener Kulturarbeit — etwa bei Jugendtreffen, Volksfesten und Vereinsnähen.

Im Verlauf dieser Arbeit erweist sich das Prinzip der ortsunabhängigen, landesweiten Bildungsarbeit als sehr nützlich, weshalb das Europa-Zentrum Tübingen zwar fürs erste eine Geschäftsstelle in Tübingen, nicht aber eine internatsmässige Tagungsstätte eingerichtet hat. Die Eröffnung der Geschäftsstelle des Europa-Zentrums erfolgt am 18. Juni 1977 unter starker Anteilnahme der Öffentlichkeit und ihrer Vertreter. Am gleichen Tage konstituiert sich der Beirat für das Europa-Zentrum unter dem Vorsitz von Regierungspräsident a. D. Prof. Willi Birn (Tübingen). Das Jahr 1978 bringt für das Europa-Zentrum Tübingen erstmalig eine institutionelle Förderung durch das Land, wodurch eine dauerhafte Arbeit für die nunmehr «Institut und Akademie für Europafragen in Baden-Württemberg» genannte Einrichtung möglich wird. Der Förderverein Europa-Zentrum Tübingen umfasst inzwischen mehr als 150 Mitglieder in ganz Baden-Württemberg. Bei der ordentlichen Mitgliederversammlung am 18. März 1978 wird Dr. J. Nolte als Vorsitzender des Fördervereins wieder gewählt und mit dem ehrenamtlichen Vorsitz auch über das Europa-Zentrum beauftragt. Ferner wird der Beschluss gefasst, die hauptamtliche Leitung des Zentrums Herrn D. Dr. Helmut Feld (Würzburg) zu übertragen. Herr Feld tritt seine Stelle zum 1. Juli 1978 an.

Das Europa-Zentrum ist inzwischen kooptiertes Mitglied in der Internationalen Gesellschaft der Europahäuser (FIME); die Mitgliedschaft in der Gesellschaft Europäischer Akademien ist beantragt (GEA); die Mitarbeit in der baden-württembergischen Arbeitsgemeinschaft für Weiterbildung wurde bereits aufgenommen.

II. Institut und Akademie des Europa-Zentrums

Die satzungsmässigen Ziele des Europa-Zentrums sind bereits genannt. Mittels Information, Dokumentation und Konzeption soll durch die Arbeit des neuen Instituts für den südwestdeutschen Raum das Wissen und der Wille zum europäischen Einigungsprozess gefördert und vertieft werden. Letzteres soll namentlich durch Massnahmen im Bereich der übernationalen Kulturpflege geschehen. Ferner sollen die ökonomischen und sozialen Probleme sowie die politischen und rechtlichen Fragen der europäischen Integration ständig aufgear-

beitet und in geeigneter Weise einer möglichst grossen Zahl von Bürgern vermittelt werden.

Dementsprechend ist die Arbeit des Europa-Zentrums in zwei Arbeitsbereiche aufgegliedert: in einen Institutsbereich und einen Akademiebereich mit je differenzierten Aufgabenfeldern.

1. In den *Institutsbereich* fallen vor allem Konzeptionsaufgaben, welche beim Europa-Zentrum als Auftragsarbeiten oder eigene Untersuchungen durchgeführt und in der Regel zu einem publizistischen Abschluss gebracht werden.

Diese Forschungsarbeit des Instituts wird im wesentlichen durch ehrenamtliche oder nebenamtliche Studienkreise geleistet. Die notwendige Betreuung, Ergebnisbildung und Koordination solcher Studienkreise liegt beim Leiter des Europa-Zentrums. Derzeit bestehen Studienkreise bzw. Workshops und Arbeitsgruppen auf dem Gebiet von Recht und Politik (Arbeitskreis Recht und Integration; Auswertung der Arbeit baden-württembergischer Direktwahlkomitees; Studienkreis Städtepartenschaft), auf dem Gebiet Wirtschaft und Sozialpolitik (Studie zum Berufsprofil des europäischen Aussenhandelskaufmanns; Probleme bei der Beschulung von Gastarbeiterkindern in Baden-Württemberg) sowie auf dem Gebiet Kultur und Bildung (Arbeitsgruppe Europäische Kulturpolitik, Studienkreis Europa im Unterricht, Studienzirkel Iroschottischer Einfluss auf das frühmittelalterliche Europa, Literaturgespräche, Sendereihen im Rundfunk).

2. In den *Akademiebereich* fällt die landesweite und ortsunabhängige Informationsarbeit des Europa-Zentrums zu allen Fragen der europäischen Integration, namentlich aber zu den europäischen Institutionen selber. Diese Informationsarbeit besteht zum grösseren Teil in der Vorbereitung und Organisation von Vorträgen, Seminaren und Diskussionen über europäische Themen. Daneben aber findet die Arbeit des Europa-Zentrums ihren Ausdruck auch in offener Bildungsarbeit, insbesondere in der Jugendarbeit und in der Zusammenarbeit mit Vereinen und Vereinigungen. Von besonderem Belang ist dabei, dass die Veranstaltungen und Massnahmen der Akademie des Europa-Zentrums in der Regel mit einem Partner auf dem Gebiet der politischen oder beruflichen Bildung durchgeführt werden; solche Partner waren bisher die Landeszentrale für politische Bildung, übernationale Kulturinstitute, politische und wirtschaftliche Stiftungen,

Schulen und Hochschulen sowie Bildungswerke und Akademien der Kirchen. In den ersten zwei Jahren öffentlichen Wirkens haben von den rund 90 öffentlichen Veranstaltungen des Europa-Zentrums nahezu 10000 Teilnehmer Gebrauch gemacht.

Neben dieser öffentlich wahrnehmbaren Tätigkeit gehen von der Akademie des Europa-Zentrums durch einen Mitteilungsdienst europabezogene Anregungen und Hinweise an die verschiedenen Träger von Bildung und Weiterbildung aus. Ziel dieser Anregungen und Hinweise ist es, europabezogene Bildungsmassnahmen auf allen Ebenen durch die verschiedenen Institute der Bildung und Weiterbildung zu initiieren.

III. Weitere Ziele und Aufgaben des Europa-Zentrums

Das primäre Ziel des Fördervereins Europa-Zentrum Tübingen e. V. besteht darin, das Europa-Zentrum institutionell zu festigen und seine Leistungsfähigkeit ständig zu erweitern. Dabei wird die Instituts- und Akademiestruktur der jetzigen Arbeit beibehalten werden können; gleichwohl werden auch neue Formen europabezogener Bewusstseins- und Willensbildung zu erkunden und zu erproben sein. So sind etwa die Vorbereitungen zu einem Zeitungskolleg über Europafragen angelaufen; ebenso wird eine Schulfunksendung zum Thema «Europa kommt nicht von selbst» vorbereitet. Ferner soll die Akademiearbeit namentlich in den Ferien eine spezielle Vortragsserie für die baden-württembergischen Bäder- und Erholungsorte anbieten. Ein besonderes Gewicht der Arbeit des Europa-Zentrums wird in Zukunft ferner in der berufsbezogenen Weiterbildung für Lehrer, Juristen und Aussenhandelskaufleute liegen.

Weiterhin wird das Europa-Zentrum in seiner jetzt beginnenden zweiten Ausbauphase bemüht sein, seine Arbeit noch stärker als bisher zu internationalisieren; die entsprechenden Verbindungen und Verabredungen mit ausserdeutschen Instituten sind bereits geknüpft und werden sich in nächster Zukunft in der Wahl der Themen, der Tagungsorte und der Referenten im Programm bemerkbar machen, insbesondere sind mit dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz, dem Europakolleg Brügge sowie dem neu errichteten Zentrum für europäische Studien in Delphi intensive Beziehungen verabredet.

Insgesamt kann gesagt werden, dass das Europa-Zentrum Tübingen in kurzer Zeit den Rang einer übernationalen europäischen Studien- und Bildungsstätte erreicht hat und in dieser Eigenschaft seinen Beitrag zur politischen Kultur im eignen Lande sowie zur Bildung und Vertiefung des europäischen Integrationswillens zu leisten bestrebt ist.

(Tübinger Blätter 65/1978)

Kein Mangel an Verbesserungsvorschlägen

von Klaus Barwig



1976 wurde in Stuttgart eine europäische liberale Partei gegründet, die als erste europäische Parteiföderation im November 1977 ein gemeinsames Wahlprogramm vorlegte: das Brüsseler Programm. Die F.D.P. ist in dieser Föderation organisiert. CDU und CSU sind ebenfalls seit 1976 in der Europäischen Volkspartei (EVP) — Föderation der Christlichdemokratischen Parteien der europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Auch die EVP verabschiedete am 7.3.1978 ein eigenes Programm. Die SPD hat sich im Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG — Unterorganisation der Sozialistischen Internationale — organisiert. Dieser Parteienbund verfügt über kein gemeinsames Programm.

Im folgenden werden die Aussagen zur «Gastarbeiterproblematik» der beiden europäischen Parteienzusammenschlüsse sowie die Vorstellungen der Deutschen Sozialdemokraten im Rahmen ihrer Programme zur Europawahl dargestellt.

Wenn die CDU von den Wanderarbeitnehmern als der grössten sozialen Problemgruppe in Europa spricht, so lässt sich dies mit zwei Zahlen belegen: 5,5 Millionen «Gastarbeiter» arbeiten in den Mitgliedsländern der EG.

Mit ihren Familienangehörigen ergibt dies eine Zahl von 10 bis 12 Millionen Menschen, die direkt von der Arbeitskräftewanderung betroffen sind.

Europäische Liberale Demokraten

Dieser Parteibund votiert für die sofortige Einführung des Kommunalwahlrechts für EG-Bürger. Langfristig fordern die Liberalen auch das allgemeine Wahlrecht für alle Wahlen im Gastland unter Berufung auf das Grundrecht einer angemessenen Vertretung aller politischen Kräfte.

Ein weiteres Ziel der Liberalen ist die uneingeschränkte Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit ohne Verlust der in der Heimat zustehenden sozialen Leistungen. Der Bezug von Sozialversicherungen- bzw. Fürsorgeleistungen sollte für alle EG-Bürger in jedem Mitgliedsland in gleicherweise möglich sein. Die europäischen Liberalen gehen von einer europäischen Bildungspolitik aus, die die Aufgeschlossenheit und das Interesse der Bürger für die Kulturen der europäischen Nachbarn fördert und ein grösseres Mass an Achtung der jeweiligen kulturellen Identität bewirkt. Im einzelnen werden folgende Verbesserungen angestrebt: Anerkennung der Sprachen von Minderheiten, konsequente Politik zur Anerkennung der Befähigungs- und Ausbildungsnachweise, grössere Flexibilität und Mobilität auf dem Gebiet der Bildungssysteme.

Europäische Volkspartei — Föderation der christlichdemokratischen Parteien der EG

Diese Vereinigung macht keine Aussagen zum Wahlrecht der Wanderarbeiter innerhalb der EG. Sie spricht sich lediglich allgemein für eine Verbesserung der Freizügigkeit und der sozialen, politischen und kulturellen Integration im jeweiligen Aufenthaltsland aus. Eine Annäherung der sozialen Gesetzgebungen wird als unverzichtbar bezeichnet.

Im Bildungsbereich will die europäische Volkspartei eine schritt-

Literatur zur europäischen Integration und Europawahl

Eine Auswahl

weise Anpassung der Lehrpläne, der Schulen und Universitäten erreichen mit dem Ziel der gegenseitigen Anerkennung.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Als besonders wichtig wird die Konkretisierung und Erweiterung der politischen Mitwirkungsrechte auf der Grundlage des Gemeinschaftsrechts erachtet.

In diesem Zusammenhang fordert die SPD vor allem das aktive und passive Wahlrecht zunächst auf kommunaler Ebene sowie den Zugang zu öffentlichen Ämtern.

Die SPD bezeichnet die Existenz eines unterprivilegierten Standes aus zweitklassig behandelten Arbeitnehmern sowie deren Abschiebung in wirtschaftlichen Krisenzeiten als unvereinbar mit sozialdemokratischen Vorstellungen. Sie sieht sich auf folgende Ziele verpflichtet: freie politische und gewerkschaftliche Betätigung; Streichung der Ausländerdiskriminierenden Bestimmungen in der Gesetzgebung; Verbesserung und Vereinheitlichung der ausländerpolizeilichen Praxis.

Am Bürgerrecht auf Bildung als bestimmenden Grundsatz messen die Sozialdemokraten die Bildungsangebote für ausländische Mitbürger. Dabei geht es der SPD nicht nur um formale Chancengleichheit beim Start sondern um konkrete Hilfe zum Ausgleich vorgegebener Benachteiligungen. Im einzelnen setzen sich die Sozialdemokraten ein für: gegenseitige Anerkennung der Schul-, Hochschul- und Ausbildungsabschlüsse sowie Abstimmung der Berufs- und Ausbildungswege, Schaffung über- und ausserbetrieblicher Ausbildungsstätten — auch grenzüberschreitend — für Jugendliche aus benachteiligten Regionen, wie auch vollzeitschulische Berufsbildungs-Angebote für diese Gruppe.

Schlussbemerkung

Es ist keine Frage, dass alle drei parteipolitischen Gruppierungen der Ausländerfrage in ihren Programmen grosse Bedeutung beimessen und — mit unterschiedlichen Akzenten — Verbesserungsvorschläge formulieren.

Es bleibt zu hoffen, dass die Parteien Lösungen in dieser Frage nunmehr nicht nur auf europäischer Ebene suchen, sondern entsprechend der formulierten Ziele in Bund und Land zu ihren Aussagen stehen. Es besteht sonst die Gefahr, dass die Forderung nach einer Lösung der Ausländerproblematik im Rahmen einer europäischen Integration eine Alibifunktion einnimmt.

1. Europäische Integration: Vorschlag einer deutschsprachigen Basisbibliographie

— *Sir Alec Caincross, Herbert Giersch u.a.*, Wirtschaftspolitik für Europa, München/Zürich 1974, 264 S. (Sammelband für den nicht wirtschaftlich vorgebildeten Leser; brauchbare Einführung in die ökonomischen Probleme der EG)

— *F. Deppe* (Hrsg.): Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der west-europäischen Integration. Reinbek 1975 (rororo studium 73). 427 S. DM 16,80. (Anspruchsvolle Analysen der sozio-ökonomischen Dimensionen des Integrationsprozesses und einzelner Politikbereiche aus marxistischer Sicht. Gutes statistisches Material.)

— *Europäische Wirtschaftspolitik. Programm und Realität.* Bonn 1973 (Europ. Studien des Inst. f. Europ. Politik). 538 S., DM 35, — (Sammelband mit 8 Beiträgen zu den wirtschaftspolitischen Zielen, Erfolgen und Misserfolgen der EG. Grundlegend zur Information und Einarbeitung.)

— *C.J. Friedrich*: Europa — Nation im Werden? Bonn: Europa-Union Verlag 1972. 264 S., DM 29,80. (Wichtig für die informelle Integration: Haltung und Politik wichtiger gesellschaftlicher Gruppen zur EG.)

— *Dieter Gehmann/Hans-Eckart Scharrer u.a.*, Europäische Wirtschaftspolitik, Bonn 1973, 538 S. (Sammlung anspruchsvoller Aufsätze für die theoretische Einarbeitung in die EG-Problematik)

— *G. Gillissen*: Sieben Argumente für Europa, Bonn (Europa Union Verlag), 1978

— *H. v. d. Groeben, E. J. Mestmäcker* (Hrsg.): Verfassung oder Technokratie für Europa. Frankfurt/M. 1974. 220 S., DM 14,80 (Fischer Athenäum TB 6013). (Knappe, übersichtliche Bestandsaufnahme und Einschätzung der Integrationsbereiche und -politikern; Probleme und Möglichkeiten der Weiterentwicklung.)

— *Walter Hallstein*, Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf 1969, 283 S. (Plädoyer für ein föderalistisches Europa)

— *B. Kohler* (Hrsg.): Erfolge und Krisen der Integration. Bonn: Europa-Union Verlag 1970. 139 S., DM 8,50. (Immer noch grundlegende deutschsprachige Anthologie zur Theoriediskussion.)

— *M. Kohnstamm, W. Hager* (Hrsg.): Zivilmacht Europa — Supermacht oder Partner? Frankfurt/M.

1973. 371 S., DM 8—(Kritische Reden zu den Aussenbeziehungen der EG; lexikal. Anhang!)

— *H.R. Krämer*: Die Europäische Gemeinschaft. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 1974. 200 S., DM 19,80. (Kurzgefasste, grundlegende institutionelle Gesamtdarstellung der EG.)

— *W. Lipgens*: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik. 1945—1950. 1. Teil: 1945—1947. Stuttgart: Klett-Cotta 1977. 674 S., DM 88, — (Die erste umfassende historische Darstellung der 'Durchbruchphase', bereits wohl als Standardwerk zu bezeichnen. Sehr teuer — aber in der jetzigen Phase verstärkter Grundsatzdiskussion wichtig als Analyse früherer Optionen.)

— *H. Müller-Roschach*: Die deutsche Europapolitik, Baden-Baden (Nomos-Verlagsgesellschaft), 1974

— *Ch. Sasse*: Regierungen, Parlamente, Ministerrat. Entscheidungsprozesse in der EG. Bonn: Europa-Union Verlag 1975. 227 S., DM 26, — (Gut lesbare Analyse der Akteure der EG-Politik und der Entscheidungspraxis; konkrete — institutionelle — Verbesserungsvorschläge. Wichtiger Anhang: Dokumentation der Gipfelkonferenzen/Ratsbeschlüsse seit 1969.)

— *H. Schneider, W. Wessel*: Auf dem Weg zur Europäischen Union, Bonn (Europa Union Verlag), 1977

— *C. Schöndube*: Europa-Taschenbuch, Bonn (Europa Union Verlag) 1977

2. Europäisches Parlament (EP)/Direktwahlen/Transnationale Parteien

— *M. Bangemann, R. Bieber*: Die Direktwahl — Sackgasse oder Chance für Europa? Analysen und Dokumente. Baden-Baden: Nomos Verlag 1976. 188 S., DM 19,80. (Auch durch Bundeszent. f. pol. Bildg., Nr. V 598.)

— *M. Bangemann / Bieber / Klepisch / Seedfeld*: Programme für Europa. Die Programme der europäischen Parteien zur Europawahl 1979, Bonn 1978

— *T. Jansen, V. Kallenbach*: Die europäischen Parteien, Strukturen, Personen, Programme, Bonn 1977

— *B. Kohler*: Integration und Verflechtung durch Europäische Wahlen? In: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik. München, Wien 1973, S. 247—268.

— *Th. Läufer*: Europa-Wahl '78. 22 Fragen zur Direktwahl. Bonn: Europa-Union Verlag 1977. 72 S., DM 5,—.

— *Die Neue Gesellschaft* 24 (1977) H. 9. (Themenheft zu EP, Direktwahlen, Haltung der Parteien.)

— *Das Parlament*, Nr. 21 und 22/1977. (Behandlung der Europawahlgesetze in Bundestag und Bundesrat.)

Rau: Europa-Wahl '78 — Motivierung der Bürger Europas. Düsseldorf 1976 (Landeszent. f. pol. Bildg.).

Seeler: Die Direktwahl zum EP. Hamburg 1977 (Landeszent. f. pol. Bilgs.).

— *Th. Stammen* (Hrsg.): Europa-Wahl '78. Parteien in Europa. München 1977 (Landeszent. f. pol. Bildg.).

Transnationale Demokratie. Das EP. Hrsg. vom Europa-Union Verlag. Bonn o. J.

— *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (1976) Nr. 2 (zu: Direktwahl: europäischen Parteibünden; supranationalen Fraktionen im EP; bes. die Artikel von Pöhle, Bieber, Hrbek, Gresch).

— *Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa*. Bonn: Europa Union Verlage 1976. (Europa. Schriften des Inst. f. Europ. Politik, Bd. 43/44 426 S., DM 28,— (Grundlegendes Sammelwerk über Kooperation und transnationale Organisation der verschiedenen europäischen Parteifamilien, mit nützlichen Tabellen.)

— *In Vorbereitung* — im Europa Union Verlag Bonn: *Grabitz/Läufer*. Handbuch zur Europa-Wahl, sowie.

— *Transnational* H. 7-9 zu den europapolitischen Vorstellungen der Bundestagsparteien.

— *Kommission der Europäischen Gemeinschaften*: Bericht über die regionalen Probleme in der erweiterten Gemeinschaft. Brüssel 1973.

— *D. Lockwood*: Social Integration and System Integration. In: *G.K. Zollschan, W. Hirsch* (Hrsg.): *Explorations in Social Change*. London 1964.

— *P. Ch. Müller-Graff*: Die Direktwahl des Europäischen Parlaments Genese und Perspektiven. Tübingen 1977.

— *C. Offe*: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt/Main 1972.

— *Ders*: Überlegungen und Hypothesen zum Problem politischer Legitimation. In: *R. Ebbighausen* (Hrsg.): *Bürgerlicher Staat und politische Legitimation*. Frankfurt/Main 1976, S. 80 ff.

— *G. Zellentin*: Uebernationale Zusammenschlüsse als Bedingungen der Globalsteuerung in Europa. In: *W.-D. Narr* (Hrsg.): *Politik und Oeko-*

Verzeichnis wichtiger Anschriften

Die Direktwahl-beauftragten der elf Länder

Baden-Württemberg:

Minister für Bundesangelegenheiten Eduard Adorno Schlegelstrasse, 5330 Bonn

Bayern:

Staatsminister der Justiz Dr. Karl Hillermeier, Justizpalast, 8000 München 35

Berlin:

Senator für Inneres Peter Ulrich, Fehrbelliner Platz 2 1000 Berlin 31

Bremen:

Senator für Inneres, Helmuth Fröhlich, Contrescarpe 22/24, 2800 Bremen 1

Hamburg:

Präsident der Finanzbehörde Senator Dr. Hans-Joachim Seeler, Gänsemarkt 36, 2000 Hamburg 36

Hessen:

Innenminister Ekkehard Gries, Friedrich-Ebert-Allee 12, 6200 Wiesbaden

Niedersachsen:

Minister des Innern Röttger Gross, Lavesallee 6, 3000 Hannover

Nordrhein-Westfalen:

Minister für Wissenschaft und Forschung Johannes Rau, Völklinger Strasse 49, 4000 Düsseldorf

Rheinland-Pfalz:

Minister der Justiz Staatsminister Otto Theisen, Ernst-Ludwig-Strasse 3, 6500 Mainz

Saarland:

Prof. Dr. Konrad Schön, Am Stadtgraben 6-8, 6600 Saarbrücken 3

Schleswig-Holstein:

Innenminister Rudolf Titzck, Landeshaus, 2300 Kiel

Kontaktadressen:

Deutscher Rat der Europäischen Bewegung

Markt 24, 5300 Bonn 1

Europa-Union Deutschland e. V.

Stockenstrasse 1-5, 5300 Bonn 1

Institut für Europäische Politik (IEP)

Stockenstrasse 1-5, 5300 Bonn 1

Gesellschaft der Europäischen Akademien (GEA)

Stockenstrasse 1-5, 5300 Bonn 1

Junge Europäische Föderalisten Deutschland e. V. (JEF), Bundessekretariat

Arndstrasse 25, 5300 Bonn 1

Europäische Bildungs- und Aktionsgemeinschaft e. V. (EBAG)

Stockenstrasse 1-5, 5300 Bonn 1

Europäische Akademie Bayern

Augustenstr. 14a, 8000 München 2

Europäische Akademie Berlin

smarckallee 46-48, 1000 Berlin 33

Gustav-Stresemann-Institut e. V. für europäische Bildungs- und Informationsarbeit, Europäische Akademie Lerbach

Haus Lerbach, 5070 Bergisch Gladbach

Europäische Akademie Neuburg

Schloss Neuburg, 8399 Neuburg/Inn

Europäische Akademie Bevensen

3118 Bevensen

Europäische Akademie Husum e. V.

Postfach 1207, 2250 Husum

Europa-Haus Marienberg

Postfach 1204, 5439 Bad Marienberg

Europa Zentrum Tübingen Institut und Akademie

Karlstr. 3, 7400 Tübingen

nomie. Autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems. PVS-Sonderheft 6/1975, S. 215 ff.

Zeitschriften

— *EG Magazin* Hrsg. v.d. EG-Kommission; erscheint monatl., 12. - DM jährl. (Adresse 1). (Gut gemacht, reicht zur laufenden Orientierung. Nützliche Beilagen: 'EG aktuell' u. Bibliographie).

— *Europa Archiv*, hrsg. Dt. Ges. f. ausw. Politik, Bonn (mit materialreichem Dokumentationsteil).

— *Europäische Zeitung — Europa Union — Hrsg. v.d. Europa-Union. Monatl. 22, — DM jährl. (Mit laufenden Sonderseiten 'Europa-Wahl' und ab 1978, der Beilage 'Integration' als wissenschaftliches Organ.).*

— *Forum* Zeitschrift für transnationale Politik. Hrsg. v.d. Jungen Europäischen Föderalisten. Zweimonatl. (Kritisch; sucht neue Ansätze für eine europäische Strategie der gesellschaftlichen Kräfte.).

— *Transnational*, Hrsg. Europa-Union und Inst. f. Europ. Politik, Bonn

Wichtige Anschriften für den Materialienbezug

— Amt für sämtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Case postale 1003, Luxemburg.

— Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.

— Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Postfach, 5300 Bonn.

— *Verbindungsbüro der EG*, Zitelmannstr. 22, 5300 Bonn (Viele Veröffentlichungen der EG gratis.).

— *Amt für sämtliche Veröffentlichungen der EG*. Case postale 1003, Luxemburg. (Alle Veröffentlichungen der EG gegen Rechnung).

— *Presse- und Informationsdienst der EG*, Rue de la Loi 200, 1049 Brüssel.

— *Europäisches Parlament, Informationsbüro*; Friedrich-Wilhelm-Str. 10, 5300 Bonn.

— *Europäisches Parlament, Generaldirektion Informations- und Öffentlichkeitsarbeit*. Postf. 1601, Luxemburg.

— *Institut für Europäische Politik*, Stockenstr. 1—5, 5300 Bonn.

— *Europa Union Verlag*. Postf. 643, 5300 Bonn 1.

Diese Zusammenstellung erfolgte mit freundlicher Genehmigung des Europa-Zentrums in Tübingen.



Deutsche Kirche und Italienische Gastarbeiter. Europa im eigenen Land

von Herbert Becher

24



Die Frage der Arbeit der Kirche im Bereich der Italiener in Deutschland soll mit dem gesellschaftlich-politischen Hintergrund behandelt werden.

I. Der Hintergrund

1. Einmal ist die Kirche Bestandteil einer Gesellschaft mit allen Vorteilen und Nachteilen derselben.

2. Zum anderen sind die Italiener in der Bundesrepublik unter ca. 4 Millionen Ausländern eine zwar starke, aber nur eine Minderheit von ca. 570000 (30.5.77), neben den anderen Nationen, die fast nur Arbeiter stellen; und zwar mit den Türken mit ca. 1,1 Millionen, Jugoslawen 630000, Griechen 328000, Spaniern 200000, Portugiesen 170000. Das sind unter ca. drei Millionen ausl. Arbeitern mit Familien nur ein fünfteil Italiener.

3. Im Unterschied zu den anderen genannten Nationen sind die Italiener als EG-Angehörige in einer privilegierten rechtlichen Lage. Sie genießen Freizügigkeit (Richtlinie 68/360 EWG vom 15.10.68 nebst Aufenthalt G EWG vom 22.7.1969/17.4.74) zur Aufnahme einer abhängigen Arbeit. Sie können zwischenzeitlich heimkehren und wieder einreisen; anders als die anderen Nationen, gegen welche 1973 der Anwerbestopp eingeführt wurde. Sie können sich auch selbständig machen (EG-Richtlinie vom 21.5.73, 73/148). Auch Eltern und Kinder fallen unter die Freizügigkeit, wenn sie in der Familie unterhalten werden.

Arbeitnehmer aus der EG nebst Angehörigen (EWGVO Nr. 1251/70 und Richtlinie EWG Nr. 73/34 vom 17.12.74) haben das Recht, nach Pensionierung in der Bundesrepublik zu bleiben, wenn sie 12 Monate vor Pensionierung dort tätig waren und dort 3 Jahre ständig lebten. Das ist echtes Einwanderungsrecht.

Insoweit ist die Bundesrepublik auch rechtlich bereits ein Einwanderungsland, was offiziell bestritten wird. Ausserdem sind solche Ausländer gegen Abschiebung geschützt (§12 Aufenthaltsgesetz/EWG von 1969).

Eine Arbeitserlaubnis brauchen sie nicht (EWGVO Nr. 1612 vom 15.10.68).

Demgegenüber benötigen die übrigen Nationen, mit gewissen bilateralen Vergünstigungen, eine Arbeitserlaubnis (§19 AFG, Arb. ErlVO vom 2.3.71). Diese wird nur erteilt, wenn nicht ein Deutscher oder EG-Angehöriger für die bestimmte Arbeit verfügbar ist. Erst nach 5 Jahren unterbrochener Arbeit gibt es einen Anspruch auf Arbeitserlaubnis.

Der grösste Teil der Ausländer aus Drittstaaten ist allerdings länger als 5 Jahre bei uns und steht somit den Italienern insoweit gleich.

Das Aufenthaltsrecht ist dieser relativ günstigen Regelung noch nicht angepasst. Ein Gesetzentwurf liegt im parteipolitischen Meinungsstreit in der Länderkammer.

Die Rechtspositionen aller Ausländer werden selbst im Sozialrecht im wesentlichen von der EG-Rechtsprechung, aber auch durch die obersten Gerichte der Mitgliedsstaaten, fortentwickelt, während die Exekutive eher bremst und die Parlamente, wenigstens in Deutschland, das Feld durch Ermächtigungen in den Gesetzen den Exekutiven überlassen.

4. Die EG sollte nach den Erfindern der Freizügigkeit eigentlich aus den Reserven der Gemeinschaft Arbeitsplatzprobleme und wohl unausgesprochen auch Bevölkerungsprobleme lösen. Leider zeigte sich schon in den 60er Jahren, dass Italien den Bedarf des deutschen Arbeitsmarkts nicht deckte, und neuerdings, dass die Arbeitslosen aus Irland und Grossbritannien nicht nach Deutschland zur Arbeit kommen. Es kam zur Anwerbung der o.g. anderen Nationen und sogar von Asiatinnen. Damit gingen de facto das Monopol und mit diesem die Privilegien der Italiener z.T. verloren. Jede Überlegung auf nationaler Ebene, Rechte für die Italiener zu verbessern oder Institutionen zu ihren Gunsten zu schaffen oder zu fördern, stösst auf die Angst, dass vor allem die Rechtsprechung mit Hilfe des Gleichheitssatzes der Verfassung die Privilegien auch die 2,5 Millionen Angehörigen der Anwerbenationen anwenden könnte. Vorurteile gegenüber diesen Ausländern übertragen sich z.T. auch auf Italiener.

5. Der privilegierte Status der Italiener hat eine stärkere Rotation unter ihnen aufrechterhalten, während es seit dem Anwerbestop bei den anderen Nationen zu einer stärkeren Heimkehr ohne Wiederkehr, aber zu keiner Neuanwerbung gekommen ist; allerdings wurde durch Familiennachzug das z.T. ausgeglichen.

Durch die geringere Rotation ist der verbleibende Kern der anderen Nationen im Integrationsfortschritt kontinuierlicher, in der Orientierung der Interessen stärker auf Deutschland fixiert. Die Italiener behalten als Gruppe durch die Neuankömmlinge, aber auch durch zeitweilige Heimkehr stets eine starke Orientierung nach Italien.

Die aufgezeigte Rotation bringt es mit sich, dass ein Teil und wohl oft

der qualifiziertere, in der eigenen italienischen Wirtschaft bei Rückkehr Fuss fasst. Ersatz folgt vor allem durch weniger qualifizierte Italiener. Das wird durch die Feststellung gestützt, dass die italienische Minderheit in Deutschland einen relativ niedrigen Bildungs- und Ausbildungsstand aufweist. Unter der Arbeiterschaft sind relativ wenig Fachkräfte oder gar Akademiker. Das entpuppt sich als Nachteil für die einzige im Arbeitsbereich angesiedelte, aus der EG stammende nationale Gruppe. Die Jugoslawen und selbst ein Teil der Türken stehen in dieser Hinsicht besser da. Der Integrationsstand der höchstens durch noch nachziehende Familienangehörige und Gburten ergänzten anderen Nationen verbessert sich mit der Zeit seit dem Anwerbestop 1973 dagegen ständig.

Die relative rechtliche Sicherheit der Italiener und ihre demokratische Tradition in Parteien und Gewerkschaften machen sie für Arbeitgeber unbequemer als die bisher aus Diktaturen kommenden und rechtlich schlechter gesicherten anderen Ausländer. Das mag ihre z.T. relativ schlechte Stellung am Arbeitsmarkt miterklären.

Für alle Ausländer gemeinsam gilt, dass sie von 1973-1975 40% des Untergangs von Arbeitsplätzen getragen haben. Sie haben sich als echter Konjunkturpuffer erwiesen und die Krise bei Rückkehr in die Heimatstaaten exportiert. Ebenso ist festzuhalten, dass ein künstlicher Abbau der Ausländerbeschäftigung auch aus wirtschaftlichen Gründen kaum möglich ist. Der harte Kern der Verbliebenen dürfte als Dauerproblem bei uns bleiben.

6. Positiv wirkt sich das gewerbliche Niederlassungsrecht von Italienern, auch ehemaligen Arbeitern, im Kleingewerbe als EG-Angehörige aus. So bildet sich wachsend eine mittelständische Schicht von Inhabern von Gaststätten und Lebensmittelläden heran. Dieser Aufstieg aus der niedrig im Sozialgefüge angesiedelten Minderheit unter Beibehaltung des Kontakts zur eigenen Sprache und Kultur hebt das Selbstbewusstsein der ganzen Gruppe.

Die Beibehaltung heimatlicher Werte, wie der Familiensolidarität, gibt gerade dem Italiener bei Gründung von selbständigen Kleinexistenzen ein Monopol gegenüber den nicht zur Tragung von Risiko und Mühen des Kleingewerbes bereiten Deutschen.

Ich meine, dass dieser stabilisierende und dynamische Aspekt von

den Staaten positiv zu fördern wäre, damit wenigstens auf Dauer die EG-Freizügigkeit nicht nur Transfer von Hilfsarbeitern ist. Die Identifizierung einer Nation mit dem geringeren Sozialprestige der Hilfsarbeiter fördert ohnehin gegenüber mediterranen bestehende Vorurteile zum Schaden Europas!

Die aufgezeigten Schwächen der italienischen Kolonie in Deutschland sind z.B. auch im italienischen Vereinswesen sichtbar. Das Vereinswesen ist, mit Wahrung der Identität und Strukturierung der Minderheiten auch für die Mitteilung eigener Werte an die Deutschen, Voraussetzung. Eine atomisierte Minderheit wäre zum kulturellen Untergang verurteilt. Andere Nationen, z.B. Spanier und Portugiesen, sind besser organisiert. Die Türken haben z.T. akademisch gebildete Führungskader. Vielleicht kann langfristig die EG oder die italienische Kulturpolitik durch gezielte Förderung diese Mängel stärker ausgleichen.

Trotz rechtlicher Privilegien führen Rotation und Zusammensetzung der italienischen Kolonie zu grossen Integrationschwierigkeiten kultureller und gesellschaftlicher Art. Angesichts der Qualität als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wirkt das gemeinschaftswidrig und fördert die Europaidee nicht.

7. Der Bevölkerungsrückgang der Deutschen gibt der Anwesenheit von 4 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik mit ca. 100000 Ausländergeburten pro Jahr, mit ca. 900000 ausländischen Kindern unter 16 Jahren — davon 130000 Italienerkindern —, eine neue Qualität. Der Anteil der nichterwerbstätigen Ausländer nimmt zu. 1972 waren 65,3% der Ausländer (Deutsche 42,3%) erwerbstätig, 1976 nur 51,3% (Deutsche 41,9%). Damit tritt der Ausländer als Arbeitsmarktproblem gegenüber dem Bevölkerungsproblem zurück.

Seit einiger Zeit sinkt die Wohnbevölkerung in Deutschland und schon länger die Zahl der Deutschen. Im Vergleich zu gut 1 Million Geburten deutscher Kinder 1964 waren es in den letzten Jahren nur jeweils die Hälfte. Es fehlen schon, verglichen mit dem früheren Durchschnitt, ca. 2 Millionen deutsche Kinder.

Erfordernisse des Arbeitsmarktes, der Finanzierung der Sozialrenten der Deutschen, der Auslastung von Ausbildungskapazitäten und Infrastruktureinrichtungen, sowie der Verteidigungspolitik werden schon in der 2. Hälfte der 80er Jahre dazu zwingen, eine eher auf Verbleib vor allem der 2. Ausländergeneration

gerichtete Ausländerpolitik zu betreiben. Das gilt selbst dann, wenn eine nationale Familienpolitik schon kurzfristig zur Steigerung der deutschen Geburtenzahl führen sollte. Denn die 2 Millionen deutschen Kinder fehlen unwiederbringlich. Es fragt sich sogar schon jetzt, ob eine deutsche Bevölkerungspolitik, ähnlich wie das Freizügigkeitsrecht im Arbeitsmarktbereich, an europäischer Solidarität statt an rein nationalstaatlichen Zielen zu orientieren wäre. Das wäre die grosse Chance gerade für ein Land mit grosser Wanderungstradition wie Italien. Allerdings erforderte das im Aufnahmestaat Deutschland gewaltige Anstrengungen und das Ende des Vorwandes fehlender Infrastruktur für Ausländer.

Man müsste — wie gegenüber deutschen Spätaussiedlern aus Polen und Russland — eine Sprach- und Schulbildung schaffen, welche die vorhandenen Misserfolge im Schulwesen mindert.

Will man die durch das assimilatorische deutsche Schulsystem hervorgerufene Einbahnstrasse für die in Deutschland aufwachsenden Ausländerkinder, meines Erachtens im Sinne der EG-Freizügigkeit, beseitigen, dann müssen wenigstens bilateral auch die Rückkehr ermöglichende Schul- und Ausbildungssysteme gefunden und durch Abkommen gegenseitig anerkannt werden.

Angesichts der Konzentration auch der Italiener mit der nachwachsenden Generation in relativ wenigen Ballungsgebieten sind Reformen erleichtert. Auch wird hierdurch die Erhaltung einer kulturellen

Fortexistenz der Italiener als Gruppe noch lange Zeit gesichert sein. Die Hauptschulen mit den 10 - 15 Jährigen werden durch Aufsteigen der ohnehin in diesen Gebieten weniger werdenden deutschen Kinder auf höhere Schulen bald Mehrheiten von Ausländern aufweisen und auch schulisch ein wünschenswertes oder nicht, — stark national orientiertes Schulwesen de facto ergeben. Auch dieses Getto muss zu einem Kulturaustausch der Minderheit — Mehrheit befähigt werden. Sonst wird Europa identisch sein mit Zwangsassimilation der wandernden Bevölkerungsteile.

Die 2. und 3. Generation der Italiener muss in Deutschland und möglichst auch in Italien durch die Schule eine Chance aus der Hilfsarbeiterschaft heraus erhalten. Sonst wird Italiener zu sein in Deutschland weiterhin gleich Hilfsarbeiter sein bedeuten. Das verschlechtert aber das Italienbild der Deutschen und wirkt negativ auf die Entwicklung Europas. Das haben die Schöpfer der europäischen Freizügigkeit sicher nicht gewollt.

II. Die Kirche

1. Eingebettet in diesen weithin unbefriedigenden Zustand wirkt die Kirche unter den Italienern. Die Kirche ist die einzige Einrichtung, die von Anfang an wirksam institutionell zugunsten der Ausländer gearbeitet hat. Sie ist betreuend durch die Caritas und im Seelsorgesektor tätig. Verglichen mit den Spaniern ist das Seelsorge und Betreuungsnetz relativ dünn.

Schon 1907 bestanden im deutschen Reich 30 Caritasbetreuungsstellen für Italiener. 1956 erfolgte zunächst mit 5 italienischen Sozialbetreuern der neue Aufbau des Caritasberatungsdienstes, ohne staatlichen Auftrag und heute noch zu fast 2/3 aus kirchlichen Mitteln finanziert. Hieraus wuchsen später Beratungsdienste auch für die anderen katholischen Nationen, während andere Wohlfahrtsorganisationen sich der Orthodoxen und Moslems annahmen.

Von 1956-1976 stellte der Caritasverband 135 italienische Sozialberater ein. Ab 1976 erfolgte die Aus- und Fortbildung derselben zusammen mit der italienischen Caritas, Aufgabe der Sozialberater sind unentgeltliche Dolmetscher- und Beratungsdienste, Interventionen bei Behörden Wohnungs- und Schulfragen, Versicherungsangelegenheiten und z. Z. auch Hilfe bei Schwierigkeiten am Arbeitsplatz. Immer stärker treten Familienprobleme und die Hilfe für die 2. Generation hinzu. Der Sektor



ist föderativ über die Diözesen organisiert. Erwähnenswert sind die von der Caritas oder Pfarreien betriebenen Centri, meist auf nationaler Basis. Auch sie dienen selten der Kommunikation mit Deutschen oder deutschen katholischen Organisationen. Zentrale Aufgaben werden in Freiburg vom DCV wahrgenommen.

Aehnlich arbeiten im Abstimmung zwischen beiden Bischofskonferenzen 140 italienische Geistliche bei ihren Landsleuten.

Dieser Dienst hängt relativ isoliert zwischen beiden Kirchen. Er ist durch deutsche Kirchensteuern, welche auch ausländische katholische Erwerbstätige zahlen, finanziert und finanziell interessant für die italienischen Geistlichen. Deren Freiheitsraum, aber auch ihre Isolation, sind gross. Eine Integration zu einer gemeinsamen Kirche ist wohl von beiden Seiten bisher nicht versucht worden. Der Kulturkonflikt und die Sprachbarriere behindern das Aufeinanderzugehen. Die Wertvorstellungen sind verschieden. Solidaire Grossfamilie gegen stark sich in Individualismus der Teile auflösende Kleinfamilie. Konsumorientierung gegen Spartrieb. Kommunikationsfreude gegen Zurückhaltung. Wie bei den anderen Nationen lebt auch die Kirche der Italiener stark im Getto. Sie ist unter Realitätsverlust stark nach Italien orientiert, wendet sich bewusst oder unbewusst gegen Integration und den damit verbundenen Verlust eigener italienischer Gemeinden. Zwar gewährt das, wie jedes Getto, Heimat und Freiheit vom Anpassungsdruck, vor allem für Neuankommende. Dieses Getto ist aber langfristig für die Verbleibswilligen eher ein Hindernis, auch zu eigenem Nutzen echt in der deutschen Gesellschaft Fuss zu fassen. Die Polemik innerhalb der ausländischen Geistlichkeit ist z.T. stark links gegen die reiche und satte deutsche Gesellschaft und Kirche gerichtet. Das ist eine Parallele zur Kapitalismuskritik innerhalb der ausländischen Arbeitnehmerschaft. Mangels Kenntnis wird übersehen, dass wir eine soziale Marktwirtschaft haben, in der sich der deutsche Arbeiter recht wohl fühlt. Ferner bleibt unberücksichtigt, dass das System gerade dem Ausländer eine Chance des Broterwerbs bietet. Der Drang vieler Ausländer zu einer selbständigen kleingewerblichen Existenz widerspricht geradezu den genannten proletarischen Parolen. Die deutsche Kirche steht hilflos diesem Phänomen, ebenso wie entsprechenden Tendenzen in den Heimatkirchen, vor allem offener

Hinwendung zum Kommunismus, gegenüber. Sie begreift nicht, dass eine Kirche von Ausländer mit fast 500 Arbeiterkaplänen ohne einen einzigen Bischof und ohne Mitbestimmung in der deutschen Bischofskonferenz und allen anderen Entscheidungsgremien der Kirche kaum aus dem Getto herausfinden kann. Leider kommt auch von den italienischen Bischöfen in der Frage der Selbstfindung dieser Arbeiterkirche in Deutschland kaum Hilfe. Die deutsche Kirche ist in Sachen Italien ohnehin eher auf den Hl. Stuhl als auf den italienischen Episkopat fixiert. Das Faktum der Diskriminierung von ungelerten, ausserdem national fremden Minderheiten, kann ohnehin der beste gute Wille nur im Verlauf langer Arbeit abbauen. Der Süditaliener soll es in Norditalien auch nicht leicht haben.

Eine Fachzeitschrift z.B. für Wanderungsfragen fehlt im kirchlichen und weltlichen Bereich, ebenso eine Kirchenzeitung für die Begegnung von Deutschen und Ausländern.

Einige Modelle, wie eigene italienische Schulen, werden kirchlich mit Erfolg betrieben.

2. Totale Trennung herrscht bis auf die Ausnahme der Fusion von Acli und Katholischer Arbeiterbewegung (KAB), sowie im Sportbereich - DJK - im Vereinswesen. Die Kooperation umfasst nur wenige Tausend Italiener. Vor allem in der Jugendarbeit ist weder Integration noch Kooperation in Sicht, obgleich es einige italienische Jugendseelsorger gibt. Vielleicht trägt zu alledem bei, dass

Deutschland eine von der Kirche institutionell unabhängige Verbandsorganisation der Laien hat, die politisch auch noch eher konservative Züge zeigt. In diesem Bereich bin ich eher pessimistisch.

Dennoch könnten aus den sich mehrenden Kontakten der Amtsträger der Kirche in Europa und der wachsenden Europabegeisterung — stark als Abwehr gegen den Eurokommunismus — neue Initiativen auch in dem Sektor Gastarbeiter unter dem Motto «Europa im eigenen Land» erwachsen.

Klare Vorstellungen der Italiener, vorgetragen von ihrer Hierarchie und von ihr mit Kooperationsangeboten für Integration und Reintegration gestützt, dürften offene Ohren bei deutschen Amtskollegen finden.

3. Eher lobend hervorzuheben ist vor allem die in den politischen Raum hin erfolgende ständig Arbeit beider Kirchen; z.B. mit einem Papier der katholischen Synode von 1974 und früheren (z.B. ökumenischen Augsburger Pfingsttreffen 1971) und späteren Erklärungen von Bischöfen und kirchlichen Stellen zur Verhinderung der Diskriminierung der Ausländer. So z.B. gegen den Abbau von Rechten beim Kindergeld und bei der Arbeitserlaubnis, gegen Erschwerung der Familienzusammenführung und zugunsten der Verfestigung des Aufenthaltsrechts, aber auch einiger innerkirchlicher Strukturverbesserungen. Das meiste ist allerdings den anderen gefährdeten Nationen zugute gekommen. Allerdings besteht in Zeiten der Rezession die Gefahr, dass die Kirche sich einem restriktiveren politischen Kurs anpasst.

Die ökumenische Zusammenarbeit mit der protestantischen und orthodoxen Kirche ist gut, aber auch die mit anderen Institutionen, wie z.B. der Konrad-Adenauer-Stiftung.

III. Ausblick

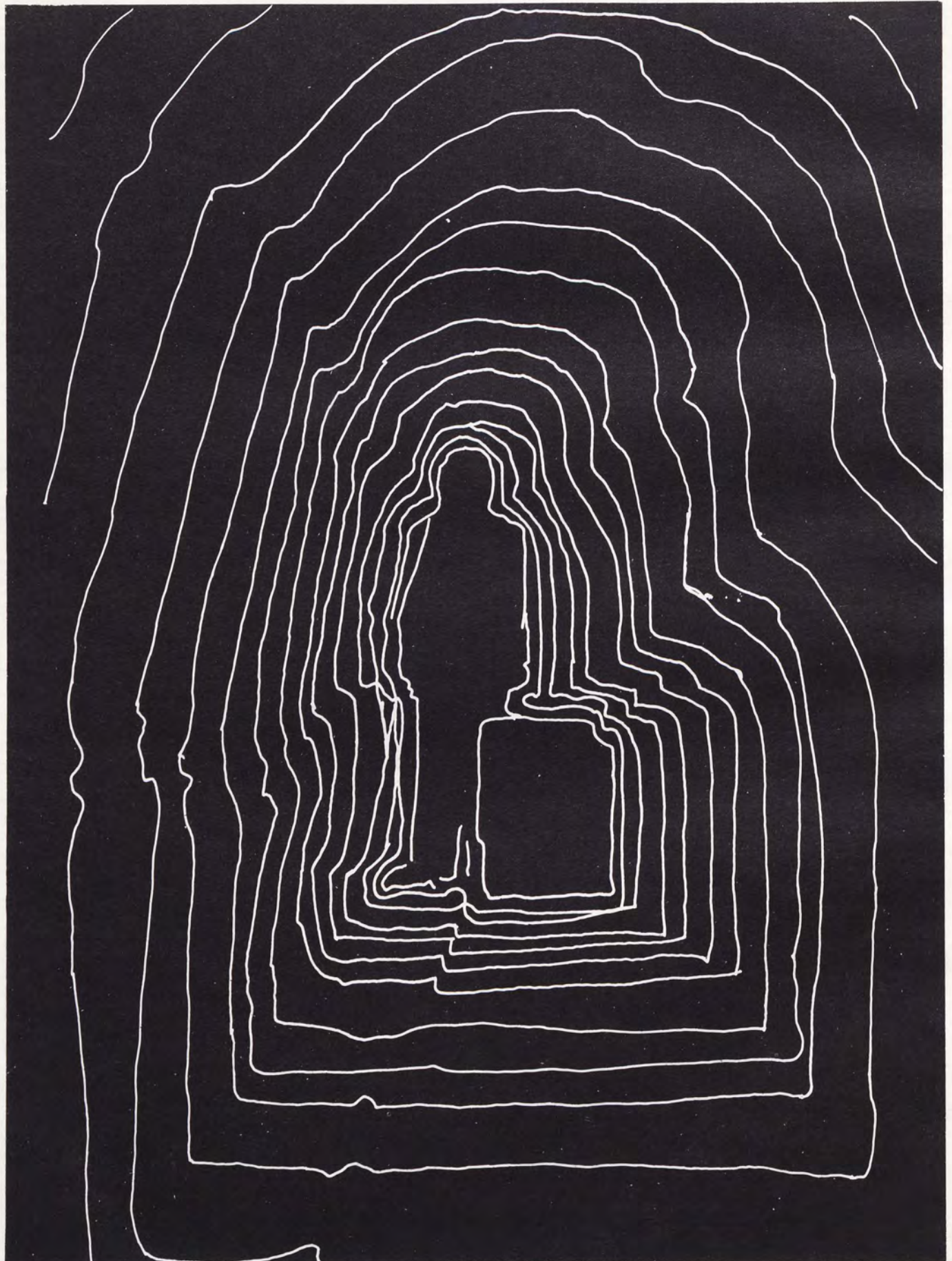
Der Kampf gegen den nationalen sacro-egoismo ist genau wie die europäische Einigung ein lebenslanger Prozess mit vielen verlorenen Schlachten und kleinen Siegen. Die beste Einbruchsstelle für Verbesserungen ist der EG-Bereich, d.h. bei den Italienern: Schule, Massenmedien, Ausbildung, Sprachförderung. Die Kirche ist in ihrer wachsenden Europabegeisterung motivierbar, mehr mit «Europa im eigenen Land» zu kooperieren und die privilegierte Stellung der EG-angehörigen Italiener politisch zu betonen. Man kann nicht aufgeben! Denn es gibt kein Zurück in den Nationalstaat. Die Alternative wäre der Untergang der Europäer.



Zwischen Integration und Rotation: die Wanderung in Deutschland 1978

von Angelo Negrini

28



Erster Teil: Wirtschafts - und Beschäftigungspolitik in der BRD

1. Ein umfassender Ueberblick hinsichtlich der Emigrationsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1978 kann nicht losgelöst betrachtet werden von der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in diesem Lande. Sie bestimmt auch die Entscheidungen auf dem Emigrationsbereich; die Entscheidungen in diesem Bereich im Jahre '78 sind gekennzeichnet durch Zögern, Missverständnisse, Vermittlungsvorschläge, Stellungnahme und Gesetzentwürfe auf Bundes- und Landesebene.

Die Beschäftigungslage zeigte sich im August '78 in der BRD wie folgt: die Arbeitslosigkeit nahm um 0,2 v.H. im Vergleich zum vorangegangenen Monat, die Kurzarbeiter um 19,5 v.H. und das Stellenangebot um 1 v.H. ab. Die Zahl der Arbeitslosen zu diesem Zeitpunkt betrug 923.962 davon 423.394 Männer und 500.569 Frauen. Die Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Arbeitnehmer nahm dem vergangenen Monat gegenüber um 1,8 v.H. zu (gleich 1436 Personen). Die Zahl der Kurzarbeiter hatte um 30.072 abgenommen und belief sich auf 124.504 gegenüber 154.567 des vorhergehenden Monats. Das Angebot an Stellen ging auf 269.344 gegenüber 272.100 im Juli zurück.

2. Auf internationaler Ebene ist die Industrie in der BRD gekennzeichnet durch Industrieanlagenexport sowie Werkzeugnisse hoher Technologie.

Hier nimmt die BRD eine führende Position auf dem Weltmarkt ein, die ihr eine immer solidere finanzielle Lage sichert. Das verfügbare Kapital erzeugt seinerseits eine Investitionskette. Zuerst im Inneren, in der Form einer zunehmenden Rationalisierung der Industrie wie der Unternehmungen in Dienstleistungsbereich, was zu einer weitgehenden Anlagenautomation führt. Die Folge davon: immer mehr Arbeitskräfte werden aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen. Das System ist somit gezwungen, eine Lösung für diesen grossen Arbeitslosenanteil zu finden, der am Ende des Jahres 1978 sich auf eine Millionengrenze eingependelt hat. Im Ausland: hier eröffnen sich grosse Investitionsmöglichkeiten in den Ländern der Dritten Welt.

Die Gewinne fliessen als beträchtliche Geldreserven wieder in das eigene Land, die wiederum dazu benutzt werden in anderen Entwicklungsländern zu investieren.

3. Der Prozess der ruhenden Automation stellt Deutschland vor beträchtliche Schwierigkeiten: die Freiwerdenden Arbeitsplätze zahlen- und qualitätsmässig neuzubesetzen. Alles dies geschieht, auch wenn die Emigration der deutschen Industrie hier einen beachtlichen Spielraum einräumt. Die letzten Gewerkschaftskämpfe zeigen die Schwere der Beschäftigungsproblematik, die mit den Problemen der Arbeitsqualität und folglich mit der Arbeitsorganisation in der Fabrik selbst im Zusammenhang stehen. In diesem Klima verwundert die Entstehung der grossen politischen Probleme nicht. Parteien, Gewerkschaften, intellektuelle Kreise und Kirchen lassen sich in eine Debatte über die soziale Lage wie über die Qualität dieser Entwicklung ein. Die Modellkrise der kapitalistischen Entwicklung hat in der Tat das Missverhältnis zwischen den Ländern einer starken Wirtschaft und einer schwachen Wirtschaft in Europa sowie zwischen Norden und Süden in der ganzen Welt verschärft. Eine derartige Lage konnte nicht anders als eine Krise der internationalen Beziehungen mit sich bringen, vor allem auf Arbeits- und Beschäftigungsebene. Während in den unterentwickelten Ländern eine starke Arbeitslosenquote besteht, die der Arbeitswelt verfügbar ist, wurden in den hochentwickelten Ländern - wie Deutschland - Einschränkungsmaßnahmen eingeführt, um der Arbeitslosenzunahme entgegenzuwirken, und teilweise den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zu blockieren. Diese Massnahmen betreffen auch die für überflüssig gehaltenen Arbeiter der lokalen Märkte. (Seit einem Jahr ist Siemens in München - infolge der Rationalisierung in den einzelnen Produktionsprozessen «gezwungen», monatlich 49 Personen zu kündigen: «nur» 49, weil das Gesetz mehr nicht erlaubt).

4. Die Emigration in Deutschland leidet an diesen internationalen Missverhältnissen. Die BRD hat, um die politischen wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse zu bewältigen, eine Politik für ihre Ausländer ausgearbeitet, die auf dem Konzept der Rotation beruht. Ziel dieser Politik ist die Beschäftigung solcher ausländischen Arbeitnehmer, die vom Arbeitsmarkt gefordert werden. Dennoch gilt die BRD nicht als Einwanderungsland. Es besteht also in Deutschland eine Situation, die sich auf diese Widersprüche stützt: einmal aufgrund der ungleichen Arbeitsstellung zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Ländern,

zum anderen aber auch durch den Zwang zur Rationalisierung der einer starken Wirtschaft ausgesetzt ist, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Hierbei dient die Emigration als Sicherheitsventil.

Schon im Jahre 1977 wurde die Bund-Länder-Kommission beauftragt, ein neues Konzept der Beschäftigungspolitik für ausländische Arbeitnehmer zu entwickeln.

Die von der Arbeits- und Innenministerkonferenz der Länder aufgenommene Vorschläge haben die verschiedenen Gesetze für die ausländischen Arbeitnehmer geändert. Diese Vorschläge wurden durch Erlass im Jahre 1978 an die lokalen Verwaltungen, die für die Praxis verantwortlich sind, weitergegeben.

5. Nach 20 Jahren Einwanderung hätte man eine echte Politik für die ausländischen Arbeitnehmer erwarten müssen, und nicht wie es geschehen ist, Richtlinien, die einzig auf die Erfordernisse des lokalen Arbeitsmarktes Rücksicht nahmen. Es wurde der Rotationsgedanke propagiert zum Schaden einer passenderen und besseren Integrationspolitik der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Gesellschaft. Dies ist eine Tatsache, obwohl man es nicht versäumt bei jeder Gelegenheit zu betonen, dass mit der Schliessung der Grenzen für jene Länder, die nicht der EWG angehören, die Einwanderung in ein «Stadium der Verfestigung» treten sollte und sich somit neue Perspektiven für jene Arbeiter bieten sollten, die mit ihren Angehörigen an dieser deutschen Gesellschaft teilnehmen wollen.

6. Es handelt sich hier um eine politische Anschauung, die die Grundprobleme einer zunehmenden Ausländerbeschäftigung durchaus sieht: hohe Sozialkosten, Sonderstrukturen auf Schul- und Ausbildungsebene, Mitbestimmung, wachsender demografischer Ausländeranteil und nicht zuletzt die Besorgnis entstehender sozialer und politischer Gettos.

Die Sorgen, die zu solchen politischen Entscheidungen für die ausländischen Arbeitnehmer geführt haben, stehen im Zusammenhang mit dem Ziel, die Lage die sich am Arbeitsmarkt mit der Ausländerbeschäftigung in den unqualifizierten Produktionsbereichen bzw. in der öffentlichen Versorgungsbetrieben zeigt ohne Schock zu überstehen. Die Arbeitslosigkeit und das zunehmende Bestreben der ausländischen Arbeitnehmer qualifizierte Berufe zu ergreifen, erwe-

ken Besorgnis auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Seitens der Arbeiter herrscht ein Konkurrenzklime, die Betriebe verfolgen in ihrer Politik eine Anwerbung billiger Arbeitskräfte, mitunter sogar durch die Einstellung von Schwarzarbeitern. Auf dem am Hintergrund dieser grossen Probleme steht das Schicksal der Emigration auf dem Spiel.

Die Emigration nimmt in Deutschland die Rolle der Pufferzone zwischen Arbeitsmarkterfordernissen und der Notwendigkeit einer geordneten Emigrationsrealität ein.

7. Gegenwertig dreht sich das Thema der Ausländeranwesenheit in der BRD um zwei Schlüsselworte, die sehr leicht miteinander zu verwechseln sind, wie Corrado Mosna, der Direktor des «Corriere d'Italia», erklärt, sie können die humansten und edelsten Gesetze aufzehren, denn sie können «ad usum delphini», d.h. je nach den Umständen, die gerade vorherrschend sind, eingesetzt werden: bei guter und schlechter Wirtschaftslage, bei Ueberfluss oder Knappheit der Arbeitsplätze, bei Wachstum oder Profitverlusten der Industrie. Dies gilt für die Situation in der BRD als auch in den anderen Ländern. Diese Worte sind: «Integration» und «Einwanderungsland». Integration eignet sich für alle Tarnungen, für alle Vorwände, auch juristischer Art, je nachdem wie sie dargelegt wird. Einige Politiker gehen davon aus, dass die Integration der ausländischen Arbeitnehmer nur vorübergehend ist und das bedeutet, früher oder später, in der Praxis Rotation oder Rückkehr. Andere verstehen sie als totale Assimilierung der lokalen Kultur an die Umgebung in Deutschland. In den meisten Fällen ist dies unmöglich und unnatürlich mit der Folge, dass, wer die Assimilierung verweigert, heute oder morgen verurteilt ist, wohl oder übel das Gebiet der Bundesrepublik zu verlassen.

Das «Gegengift», d.h. das Gegenmittel für ein überzeugendes Integrationsprogramm ist das andere Wort: «Einwanderungsland». Wenn Politiker und Gewerkschaftler sich als Befürworter der Integration auspielen und gleichzeitig erklären, dass Deutschland «kein Einwanderungsland sei», so verstehen sie darunter, dass Integration nur vorübergehend ist, d.h. sie ist keine echte Integration.

Es ist legitim, dass die BRD und ihre Vertreter Sicherheitsmassnahmen ergreifen, um sich vor einer unkontrollierbaren Ueberflutung ausländischer Arbeitnehmer zu schützen, da die Strukturen und die so-

zialen Bedingungen nicht imstande sind, diese aufzunehmen. Diesem unkontrollierten Eindringen und Einwandern hat Deutschland mit dem Anwerbestop vom 1973 ein Ende gemacht.

Unberührt bleibt aber das Problem der in dieses Land gerufenen anderen zwei Millionen ausländischen Arbeitnehmer, um den wirtschaftlichen und industriellen Zusammenbruch der 50er und 60er Jahre zu vermeiden; sie verlangen nun als Personen und Arbeitskräfte, Nutzen am erlangten Fortschritt in diesem Land bleibend zu geniessen. Hier prallen nun die Stellungen der Politiker, der Parteien, der Gewerkschaftler und der öffentlichen Meinung aufeinander. Die Bundesanstalt für Arbeit wiederholt in regelmässigen Abständen, dass etwa eine Million ausländischen Arbeitnehmer Deutschland für Arbeit kein politisches Organ sei, und deswegen ihre Beurteilung nicht zähle. In der Tat hat sie einen ausserordentlichen Einfluss; ihre Veröffentlichungen sind gleichzeitig Druckmittel auf öffentliche Meinung wie Regierenden.

Sie fühlen sich verpflichtet von Integration zu sprechen, um auf diese Weise den europäischen Partner Antwort zu geben, aber sie gehen mit dem Gedanken um, sich von diesem Arbeitskräfteüberfluss zu entledigen, und den Empfehlungen der Bundesanstalt für Arbeit nachzukommen.

Und an dieser Stelle kommt stets die Wiederholung: «Deutschland ist kein Einwanderungsland».

8. Diesem Missverständnis kann sich die neue am 1. Oktober in Kraft getretene Richtlinie, die die Aufenthaltserlaubnis der ausländischen Arbeitnehmer reguliert, nicht entziehen. Für uns enthält dieses Gesetz einige Einschränkungen, wengleich vom Presseamt der Bundesregierung dieses Gesetz als «erhebliche Verbesserung» der Vergangenheit gegenüber angesehen wird. Sicherlich bietet es dem Ausländer, der sich, in Deutschland niederlassen will, weitgehend juristische Garantien. Diese Garantien sind aber nicht unumschränkt, weil sie mit einer Vielzahl von Auflagen (Besitz einer unbefristeten Arbeiterlaubnis, gute Sprachkenntnisse, passende Wohnung, Schulpflichterfüllung der Kinder), einen Interpretationsspielraum aufweist, der dem lokalen Beamten eine ausgedehnte Bewegungsfreiheit bei der Ablehnung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis einräumt.

Das neue Gesetz schränkt gegenüber der Vergangenheit den Aufent-



halt und die Arbeit des Ehepaares ein, die eine Verlängerung des Aufenthaltes beantragen. Die politische Motivation für ein solch einschränkendes Gesetz, das sich auf das Ehepaar bezieht, ist nur dem Anschein nach mit dem von der BRD Integrationsprojekt in Einklang zu bringen.

In Wirklichkeit will man das Gegenteil erreichen: die Ausreise erzwingen, in dem man Druck auf den Ehepartner ausübt. Es ist notwendig zu unterstreichen, dass das Gesetz die Italiener als Gemeinschaftsangehörige nicht betrifft. Aber in der Tat hebt dieses Gesetz das Gewohnheitsrecht der Zusammenführung auf; es leistet Bürgschaft für die Integration einiger und erzwingt zugleich die Abwanderung einer Vielzahl ausländischer Arbeitnehmer. Sehr gelegen kommt uns deshalb die folgende Stellungnahme von Innenminister Baum: «...Hier geht es nicht darum zu diskutieren, ob wir ein Einwanderungsland sind oder nicht. Wir müssen ehrlich behaupten, dass in der aktuellen Konjunkturlage die Erhaltung der Wirtschaftsentwicklung ohne die ausländischen Arbeitnehmer nicht möglich wäre. Die Bundesregierung hat sich stets gegen jedes Rotationsprinzip ausgesprochen. Deshalb müssen wir den hier in unserem Lande anwesenden Ausländer mit ihren Familien eine Erfolgsmöglichkeit gewähren. Erinnern wir uns, dass das Grundgesetz - der Familienschutz - auch für die Ausländer gilt...».

9. Die Perspektiven für die italienischen Arbeiter in Deutschland stellen Probleme besonderer Art dar. Aus der oben dargestellte Analyse, mag sie auch noch so verkürzt sein, ergeben sich zwei bestimmende Elemente: eines, die im Jahre 1973 angefangene Wirtschafts- und Beschäftigungskrise und der darauf folgenden neuen Ausländerpolitik, und zum zweiten: Das Bewusstwerden der Fragen, Bestrebungen und Erwartungen der Emigration, in der Zwischenzeit hinsichtlich ihrer sozialen und bürgerlichen Lage.

Diese Faktoren stehen im Widerspruch zueinander: die deutsche Politik verfolgt das Ziel einer Abwanderungsrückkehr; die Emigration hingegen ist stabiler geworden, verbunden durch die Zusammenführung der Familie und der Schulpflicht der Kinder.

Während das Aufnahmeland versucht, den Vorläufigkeitszustand zu bewahren, um die Balance zwischen Angebot und Nachfrage des Arbeitsmarktes unter Kontrolle zu haben, nimmt von seiten der Emigration hin-



gegen die Forderung eines Stabilitätsstatus zu, basierend auf der Wahlfreiheit, der Schutzgarantie der eigenen humanen Identität und des Entscheidungsrechtes nach eigenen Bedürfnissen leben zu können, nicht nach denen, die von der Wirtschaft diktiert werden. Die Emigration hat Schwierigkeiten ihre berechtigten Forderungen im Ganzen zu verwirklichen. Auf diese Schwierigkeiten folgt die Unsicherheit, auf Grund des Mangels an Perspektiven und Auswegen. Zu diesen Schwierigkeiten kommen noch die gestörten Beziehungen in der bürgerlichen Welt wie den sozialen Kräften hinzu. Auch die Beziehungen auf religiöser Ebene sind ziemlich begrenzt, und die auftretenden Fragen und Antworten beschränken sich weitgehend im Rahmen von Betreuungen. Die Emigration, als integrierender Teil dieser Gesellschaft, verlangt nicht nur Verständnis für ihrer Probleme sondern auch Solidarität und politischen Einsatz, zur Lösung. Die Rollen, die dabei von den verschiedenen Institutionen übernommen werden, dürften in diesem Zusammenhang von erheblicher Bedeutung sein.

Zweiter Teil: Emigration und übernommene Rollen der Institutionen

1. Die italienische Regierung

a) Auf Regierungsebene muss man auf das erste Treffen der gemischten deutsch-italienischen Kommission hinweisen, das am 23-24 Mai 1978 bei der italienischen Botschaft in Bonn stattfand; von der Presse wurde dies im allgemeinen positiv beurteilt, und zwar aus drei Gründen: auf Bundesebene programmiert, unter Anwesenheit von qualifizierten Vertretern aller Länder; die Unstimmigkeiten zwischen italienischer und deutscher Regierung konnten endlich einander gegenüber gestellt werden; das Schulproblem und andere Bereiche, die italienischen Arbeiter betreffen, wurden mit den Richtlinien der Gemeinschaft abgeprochen; auf diese Weise bekam die italienische Nachfrage ein politisch bedeutsames Gewicht.

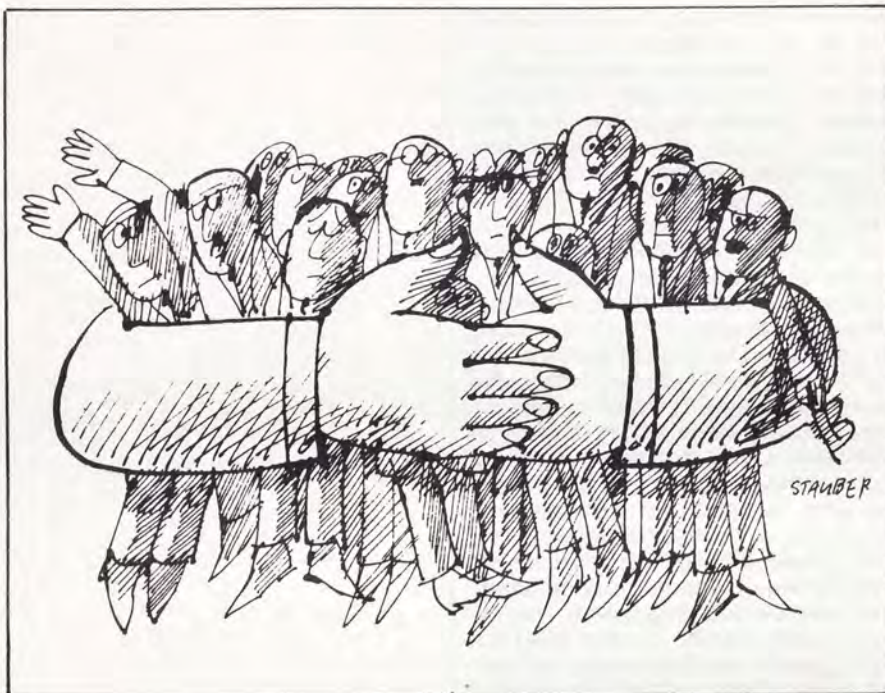
Die Auffassungen über die Lösungen dieser Probleme gehen, wie hinreichend bekannt, bei beiden Ländern auseinander. In Deutschland sind diese Unterschiede darauf zurückzuführen, dass zwischen Bund und Länder keine einheitlichen Vorschriften bestehen.

Hinzu kommt die allgemeine Schwierigkeit der Ausländeranwesenheit in der BRD. Da der Orientierungspunkt dieser Politik darin be-

steht, aus Deutschland kein Einwanderungsland zu machen, fehlen allgemeine Vorstellungen, das Schulproblem der ausländischen Kinder zu lösen. Es wird angenommen, dass die Mobilität eher künstlich als wirklich sei, zu mindest in den Vorstellungen jener, die einen sicheren Arbeitsplatz gefunden haben. Eine Suche und Programmierung auf lange Sicht, um das Schulproblem von den anderen Problemen wie sichere Arbeit, Wohnung, bürgerliche Rechte, usw. zu trennen, scheint hier unnötig zu sein.

b) All das ergibt sich, wenn man das Ausländerproblem im allgemeinen betrachtet. Mit recht wurde beim Treffen der deutsch-italienischen Kommission hervorgehoben, dass die Italiener der Gemeinschaft angehören und deswegen sollten die Vorschriften der EWG nicht übersehen werden, ansonsten würde sich die den Italiener garantierte Freizügigkeit in das Gegenteil verwandeln, die die Krise mit der Zweiten und Dritten Generation verschlimmern. Mit anderen Worten: die Freizügigkeit kann nicht von anderen zusätzlichen Garantien getrennt werden: Wohnung, Arbeitssicherheit, ein Schulsystem, das den italienischen Arbeiterkinder die Rechtsgleichheit beim Zutritt der Kultur und der Qualifizierungsmöglichkeit gewährt. Wenn diese Bedingungen nicht garantiert werden, verwandelt sich die Freizügigkeit in eine Folge von Unsicherheiten für das familiäre Zusammenleben und die Möglichkeit eines Erfolges in der Schule. Brutaler ausgedrückt; die Möglichkeit, auch nach einer 2- oder 3 jährigen vorübergehenden Abwesenheit einen Arbeitsplatz in Deutschland zu finden, verurteilt den Arbeiter zu einer unnatürlichen Mobilität, wenn ihm bewusst wird, dass das System ihm eine vollwertige Bildung, die die Schule verkörpert verweigert, und den Kindern nicht die Möglichkeit gibt, sich zu qualifizieren.

c) Das ist ein der meistdiskutierten Probleme bei dem bilateralen Treffen in Bonn. Die anwesenden Kultusminister, bzw. ihre Vetreter, haben sich darüber informieren können. Die italienischen Einwände werden in der Zukunft Diskussionsgegenstand nicht nur in anderen bilateralen Sitzungen sein, sondern auch bei der ständigen Kultusministerkonferenz, die die EWG-Zugehörigkeit nicht ignorieren kann. Das erste Bonner Treffen hat eine gegenseitige Beratungsverpflichtung geschaffen, und hat eine Reihe von Vorschläge präsentiert, und zwar:



es wurden die Gründe überprüft, weshalb so viele Kinder in die Sonderschule kommen (in Baden-Württemberg sind es 12 v.H.); es wurde das alte Problem der Einführungsklassen diskutiert, mit dem Ergebnis, die Erlernung der deutschen Sprache in einer rationelleren und wirksameren Weise zu verstärken, etwa bei der Ueberwachung der Hausaufgaben. Die Hausaufgabenüberwachung sollte nicht als ein Recht guter Schüler, sondern als eine Fortsetzung der Schulpflicht aller Schüler angesehen werden.

2. Die Gewerkschaft

Die deutsche Gewerkschaft ist seit geraumer Zeit für den Schutz und die Verteidigung der ausländischen Arbeitsrechte eingetreten. Dies hat eine bedeutende Sensibilisierung auf dieser Ebene bei den Ausländern hervorgerufen. Viele unter ihnen sind Mitglieder, und in einigen Fällen nehmen sie Vertrauensstellungen innerhalb der Gewerkschaftsorganisation ein. Eine besondere Abhandlung verdient, die Schwierigkeit, die italienischen Emigranten gewerkschaftlich zu aktivieren. Herr Heuer (M.A.N. München) stellt fest: Als gewerkschaftliche Beteiligung ist der italienische Beitrag ziemlich schwach. «Viele kennen die Gewerkschaft nicht, in ihrem Dorf hat keiner sie darauf vorbereitet. Hier wollen sie nichts davon wissen: sie wollen nur arbeiten, verdienen und damit basta. Nur wenn sie eine Angelegenheit zu erledigen haben, erscheinen sie im

Gewerkschaftsbüro. Dann entrichten sie den Gewerkschaftsbeitrag und versuchen die Bedeutung der Gewerkschaft zu verstehen, aber nur um unmittelbare Vorteile zu erlangen. Viele sagen: «Wir wollen arbeiten und damit basta. Lasst uns in Ruhe, denn wir wollen keine Scheereien mit dem Fabrikbesitzer».

Sehr oft nehmen die Gewerkschaften den Emigranten gegenüber eine pädagogische Funktion wahr, in dem sie darauf drängen die Arbeitswelt bewusster wahrzunehmen. Seinerseits verstehen die ausländischen Arbeiter die Gewerkschaft mehr als ein Hilfsinstrument zur Eingliederung in die neue Umgebung und als Betreuungsfunktion im Sinne einer Gewerkschaftsdienstleistung im wahrsten Sinne des Wortes. Die reine Betreuung wissen wir, bedeutet nur Beziehung zum Einzelnen; sie ist keine soziale Dimension, und im allgemeinen schafft sie keine bemerkenswerte Solidarität.

c) Eine Bewertung der gewerkschaftlichen Aktivitäten hinsichtlich der Forderung ausländischer Arbeiter seitens der deutschen Unternehmer ist schwierig, wenn man von ihren Stellungnahmen ausgeht. Diesbezüglich gibt es scharfe Beschuldigungen der Gewerkschaften, Parteien und organisierten Gruppen. Die Jusos in München beschuldigen z.B. die deutschen Unternehmer, die gewerkschaftliche Rolle der ausländischen Arbeitnehmer zu verkennen: «Überall wo Arbeitskräfte vorhanden sind, ist die Aufmerksamkeit für den Menschen mit seinen wirklichen Bedürfnissen, dies ist für die deutschen Unternehmer nebensächlich oder wird von ihnen absichtlich übergangen». In Bezug auf das Rotationsprinzip: Die Mobilität ist ein altes Spiel des kapitalistischen Systems wo innerhalb gewisser Grenzen, das Klassenbewusstsein und die Arbeiterpolitisierung zu verhindern versucht wird».

Als voriges Jahr das Arbeitsgesetz durch einige einschränkende Ergänzungsvorschriften verschärft wurde, war die Stellungnahme hart gewesen: «Die Gewerkschaftskämpfe der Chemiker und Metallarbeiter vom vorigen Jahr, schrieben die Jusos, haben eine entscheidende Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern gezeigt. Die Letzten haben die Erpressungen und Einschüchterungen der Industriellen und Unternehmer abgewehrt. Ausserdem erwiesen sich die von den lokalen politischen Organen eingeführten «Ausländerräte» für soziale Integration als unwirksam, als reines Manöver; die Beteiligung der ausländischen Arbeitneh-

mer an diesen Räten ist künstlich. Die politische Reife der Ausländer hat sie dazu veranlasst, andere Sicherheitsmassnahmen zu treffen, um sie von den lokalen Arbeitern und untereinander zu isolieren und zu treffen». Die Jusos beenden: «Hier wird es notwendig, über die autoritäre Gewaltpraxis (politisch und herrschaftlich) zu wachen und es sind stets neue Anstrengungen notwendig, um die Neubildung der Arbeitereinheit vor allem zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern anzustreben».

daraus resultiert eine klare Ueberzeugung der Jusos über die Art und die gewerkschaftliche Rolle der ausländischen Arbeiter seitens der deutschen Unternehmer: die Industriellen würden immer das Entstehen einer politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter als Gefahr anzusehen denn immer dann und dort wo dieses Klassen-selbstbewusstsein entspringt, nimmt die Möglichkeit und der Ausbeutungsspielraum der Arbeitgeber ab.

Durch die Verschärfung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise haben die Emigranten seitens der Gewerkschaft Anspruch auf eine Aufmerksamkeit, die sich nicht nur auf die eigentlichen Probleme beschränkt, sondern sie soll die ganze Situation der Beschäftigungs- und sozialen Bedenklichkeit der ausländischen Arbeitnehmer miteinbeziehen. Es geht vor allem darum eine gewerkschaftliche Strategie zu entwickeln, die den Meinungsbildungsstand unter den Ar-

beitern erweckt, hinsichtlich Beschäftigungskrise, Arbeitslosigkeit und Qualität am Arbeitsplatz, ein Rivalitätsdenken vermeidet, und die Verteidigung der eigenen individuellen Sicherheit gewährt.

3. Die Kirchen

a) Auch andere deutsche Organisationen sind engagiert, eine Antwort auf die Ausländerprobleme zu geben, und zwar haben Kirchen und ihre Institutionen (Caritas, Diakonisches Werk) soziale und moralische Betreuungsaktivitäten entwickelt. Vor allem die KAB hat für internationale und emigratorische Probleme eine Kommission geschaffen, und sie ist die einzige nicht-gewerkschaftliche deutsche Institution, die das Problem unter politischen Vorzeichen erörtert hat, in dem sie eine Forschungsarbeit über die Ursachen der Emigration (wirtschaftlich, beschäftigungsbedingt, sozial und bürgerlich) angeregt hat. All das wird unter Anwesenheit mit gleichgestellten, parallelen Organisationen der ausländischen Arbeiter (z.B. die italienische ACLI) im Bundesverein der KAB durchgeführt. Grosse Bedeutung haben die katholischen Bischöfe den ausländischen Problemen beigemessen, in dem sie durch Pastoraldokumente und politische Öffentlichkeitsarbeit neue Aufmerksamkeit — nicht nur religiös — den ausländischen Arbeitnehmern gegenüber zu erwecken versucht haben.

b) Andererseits fehlen in den Stellungnahmen der emigratorischen Kirchenpolitik nicht einmal Lücken und Widersprüche. Bei einem Treffen der Bundesarbeitsgruppe für Ausländerprobleme, in Bonn am 18. Januar 1978 hat H. Leuninger, Auslandsreferent der Diözese Linburg, in einem gut dokumentierten Referat die Gegenüberstellung der in den letzten Jahren geführten Regierungspolitik mit den Thesen und der Praxis der Kirche in Bezug auf die ausländischen Arbeiter vorgenommen. Von den Prinzipien ausgehend, die das unentberliche Erbgut der katholischen Kirche geworden sind, hat Leuninger die offenkundigen Widersprüche zwischen den Forderungen der Katholiken und deren Verwirklichung durch Regierungen und demokratischen Parteien Bayerns und Baden-Württembergs dargelegt. Von der Feststellung ausgehend, dass viele Emigranten ihren entgeltigen Aufenthalt in Deutschland festlegen, — eine von verschiedenen Stadträten behauptete These — hatte die katholische

Kirche Deutschland nicht als «Einwanderungsland» gesehen. Da die Emigranten ihren festen Wohnsitz in Deutschland wählen, müssen sie die Rechte wie alle übrigen, die Rechte auf Arbeit, Schule und auch alle anderen sozialen Rechte erhalten.

Dies führt in der Kirchengauffassung zu einer «konsequenten Integration». Trotzdem haben die christlich demokratischen Regierungen Bayerns und Baden-Württembergs ihre einschränkende Politik verfolgt, in dem sie versuchten die in Worten durchgeführte Integrationspolitik mit dem Konzept «Deutschland ist kein Einwanderungsland» in Einklang zu bringen.

Dieses Prinzip bringt die mehr oder weniger forcierte Arbeitskraftrotation mit sich, die mit vielen Abweichungen fähig ist, die Rückkehr der ausländischen Arbeiter, sogar beim Höhepunkt einer Integrationsbestrebung, zu rechtfertigen.

All das beweist die absolute Untertänigkeit der Menschenrechte unter dem Diktat der wiederkehrenden Konjunkturen und der Wirtschaftspolitik im allgemeinen. Ein fortdauernder Widerspruch wird im Referat als «integrierende Entwurzelungspolitik» bezeichnet. In der Tat — wie dies die Bundesanstalt für Arbeit dokumentiert — von 1973 bis 1978 musste ein Drittel des ausländischen Arbeitskontingentes von 1,9 auf 1,5 Millionen abnehmen.

Die negativste Tatsache im Moment ist die Gefahr (auch vom Redakteur der KNA hervorgehoben), dass die katholische Kirche die überspitzte Polemik gegen die Regierung mildert, um sich der «konjunkturellen Lage» zu beugen. Das handfeste Zeichen dieses potenziellen Nachgebens könnte die Berufung J. Stingls (einer der Vertreter der ausländischen Rotationspolitik ausländischer Arbeitskräfte) in das «Zentralkomitee der deutschen Katholiken» sein, von der deutschen Bischofskonferenz geschaffen. Beim Referat für die ausländische Pastoral, mit Sitz in Bonn, dem katholischen Auslandssekretariat zugeordnet, wurde die Berufung Stingls zur «technischen Beratung für die Ausländerproblematik» als eine Provokation angenommen, und in der Kirche selbst hat dies ein Klima der Verwirrung gestiftet.

c) Innerhalb der katholischen Kirche haben die italienischen Missionare, anlässlich ihrer Jahrestagung, eine Analyse über die Lage und Stellung der italienischen katholischen Missionen in der lokalen Kirche und die in Zukunft zu verfolgenden Ziele, dargelegt. Die



Missionare, auf der Suche nach ihrer eigenen Pastoralidentität, sind sich über die Notwendigkeit bewusst, die Betreuungsarbeit nach und nach einzuschränken.

Durch die Zunahme der sozialen Kräfte, die Anwesenheit der Parteien die Erweiterung der konsularischen Aktivitäten und die Beteiligung der Vereine wird den pastoralen Kräften erlaubt sich auf ihre spezifische Arbeit der qualifizierten und religiösen Betreuung in der Anstrengung echte Glaubensgemeinden zu beziehen.

Die relative Emigrationsstabilität, durch die Familienzusammenführung und einer vor dem Arbeitsanstieg stehenden Zweiten Generation, ermöglicht einen gründlicheren Einsatz, und deshalb scheint für eine Bildung kollektiver Werte nützlicher neue Beziehungen unter den Landsleuten in Form von Gruppen zu knüpfen. Die Integration in der lokalen Gesellschaft soll auf ethnischer Gruppenebene geschehen, um die eigene kulturelle Identität nicht zu verlieren; die Einzelnenintegration birgt die Gefahr eine reine Assimilierung zu werden.

Dies gilt nicht nur in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft, sondern auch in den Beziehungen innerhalb der Kirche.

Deshalb hat die Missionenjahrestagung entschlossen auf das Gemeindegliedekriterium als das wesentlichere Element hingedeutet. Wenn aus dem Blickpunkt der Strukturen die Missionen völlig in der lokalen Kirche integriert sind, so unterstreichen sie auf Gemeindeebene eine Autonomie, sei sie auch durch enge Beziehungen mit den deutschen Katholiken verstärkt, um nicht in ein religiöses Getto zu fallen.

Dies ist ein Vorwurf, den die deutsche Kirche den Missionen macht, als ob man eine parallele Kirche darstelle. Die Tagung hat diese Perspektive erörtern wollen, um die lokale Kirche zu einem Zeichen einer konkreten kirchlichen Integration (z.B. die Beteiligungs- an Verwaltungs- und Entscheidungsgremien innerhalb der Kirchenstruktur), um damit die bürgerliche Gesellschaft zu fortschrittlichen Anerkennungsformen der ausländischen Arbeiter und dessen Beteiligung zu stimulieren.

Zusammenfassung

Wir können die entstehenden Probleme der aktuellen Einwanderungspolitik in der BRD wie folgt zusammenfassen.

1. Der Arbeitsmarkt ist erschwert; und er wird für einige Jahre so blei-

ben, gekennzeichnet durch eine hohe Nachfrage, bei gleichzeitigem begrenzten Arbeitsplatzangebot. Diese Lage wird hervorgerufen durch eine deflationistische Politik für den Aufschwung der Wirtschaft und eine Zunahme der Produktion durch die Restrukturierung der Betriebe.

Es bleibt als Hauptproblem, die Arbeitskosten auf dem konkurrierenden Weltmarkt zu senken, und zwar durch die reelle Verminderung der Gehälter, das Einsparen von Arbeitskräften durch die Einführung fortgeschrittener Automationsprozesse und auch durch die Emigrationsmobilität.

2. Unter soziologischer Sicht hat sich die Emigration in Deutschland geändert. Vom einzelnen Emigrant sind wir stufenweise zu der Familienemigration gekommen. Die Zweite Generation hat ihre Schulpflicht beendet und versucht nun eine Beschäftigung als Lehrling oder ihr Studium an den Hochschulen aufzunehmen.

Die Mehrheit der ausländischen Arbeiter und ihrer Familienangehörigen haben noch keine entgeltliche Entscheidung für eine Integration in die deutsche Gesellschaft getroffen und befinden sich noch in einer Uebergangsphase, da sie noch sozialen und religiösen Gefüge der Bundesrepublik zurechtzufinden. Es ist deshalb die Suche nach Lösungen erforderlich. Für den Schulbereich heisst dies: notwendige Lösungen zu finden, die entweder die Integration in diesem Lande fördern oder die Einführung in die Ursprungsgesellschaft garantieren.

3. Die Krise des Entwicklungsmodells, das aus dem Wirtschaftswunder der 50er und 60er Jahre erwuchs, die auftretenden internationalen Probleme hinsichtlich Energie, Rohstoffe, Forschung, technologische Entwicklung, Arbeitsteilung haben die Emigration bewusster werden lassen, und sie zeigt neue Spannungen, die sich nicht auf den Wirtschafts- und Betreuungsbereich beschränken, sondern sich im einzelnen auf Bereiche beziehen, wie Mitbestimmung sowie Wahlfreiheit im sozialen und bürgerlichen Bereich und diesbezüglich auf die bürgerliche und religiöse Aufnahmegesellschaft sowie auf das Ursprungsland.

Wir stehen deutlich vor einer kulturellen und sozialen Frage, die das alte Modell der Betreuungspolitik überholt, um Bedürfnisse der realen Beteiligung und Durchführung der Bürgerrechte in den lokalen Institutionen und im eigenen Land Ausdruck zu geben.

Ausbildungsmöglichkeiten und soziale Integration für junge Italiener in Deutschland

von Peter Feindrich

36



Das mir gestellte Thema gliedert sich in drei Teile. Lassen Sie mich zunächst mit einer kurzen Analyse der Situation italienischer Arbeitskräfte im Betrieb beginnen. Die Themen «Ausbildungsmöglichkeiten für junge Italiener» und «Soziale Integration italienischer Arbeitnehmer» stehen in einem sehr engen Zusammenhang und sollten deshalb in unmittelbarer Folge behandelt werden.

1. Situation italienischer Arbeitskräfte im Betrieb

Sie alle wissen, dass ausländische Arbeitnehmer und insbesondere Angehörige aus EG-Mitgliedstaaten in der Bundesrepublik arbeits- und sozialrechtlich Deutschen gleichgestellt sind. Dazu gehört auch das aktive und passive Wahlrecht zu den

Betriebsräten. Sie kennen auch die jedermann zugänglichen statistischen Daten, die Auskunft geben über die Gliederung der Ausländerbeschäftigung und damit auch der Beschäftigung von Italienern nach Branchen und Regionen. Was bislang weitgehend fehlte, war eine Durchleuchtung der Situation der ausländischen Arbeitnehmer in den Betrieben.

Ein von der Bundesregierung finanziertes, an der Universität Mannheim durchgeführtes Forschungsprojekt zur betrieblichen Integration ausländischer Arbeitnehmer wird Licht in dieses Dunkel bringen. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Doch haben mir die Forscher dankenswerterweise einige wichtige Daten zur Verfügung gestellt, die einer im Jahre 1976 durchgeführten Betriebserhebung entstammen. Die Angaben beziehen sich allerdings ausschließlich auf das verarbeitende Gewerbe und dort auf Männerbetriebe mit einem Italieneranteil von über 50% an den beschäftigten Ausländern. Dies sollten Sie bei der Bewertung der Zahlen immer im Auge haben.

Bemerkenswert scheint mir zunächst zu sein: Ein knappes Drittel der Betriebe beschäftigen gemessen an der Zahl der ausländischen Mitarbeiter bis zu 20% Italiener, ungefähr ein Viertel der Betriebe beschäftigte 20 bis 50% Italiener und knapp 11% der Betriebe beschäftigen 50 bis 100% Italiener. Nur ein gutes Drittel der Betriebe beschäftigen keine Italiener.

Dies vorausgeschickt, zeigt sich folgendes Bild:

— 23% der Ausländer arbeiteten im Akkordlohn und 77% im Zeit- oder Prämienlohn. Typische Italienerbetriebe scheinen damit in etwas geringerem Umfang als der Durchschnitt der Ausländerbetriebe Akkord zu arbeiten.

— 45% der Betriebe leisteten Schichtarbeit. Damit entspricht der Schichtanteil der typischen Italienerbetriebe dem Durchschnitt.

— Die Betriebe hatten eine Krankheitsquote von 6,7% und eine Unfallquote von 19,3%. Krankheitsquote und Unfallquote zusammengenommen entsprachen somit in den Betrieben mit hohem Italieneranteil etwa dem Durchschnitt für die ausländischen Arbeitnehmer in allen Betrieben.

— 10% der Ausländer waren Gelernte, 37% Angelernte und 53% Ungelernte. Der Gelernten-Anteil in den von Italienern dominierten Betrieben lag damit zwar unter dem Durch-

schnitt für die ausländischen Arbeitnehmer in allen Betrieben. Dafür war der Angelernten-Anteil jedoch überdurchschnittlich. Beim Ungelernten-Anteil entsprachen die typischen Italienerbetriebe der Durchschnittsquote. Der Unterdurchschnittliche Gelernten-Anteil der Ausländer in typischen Italienerbetrieben dürfte auch Ausdruck der im Vergleich zu anderen Anwerbestaaten relativ guten Wirtschaftssituation Italiens sein. Dies zwingt eben die qualifizierten Arbeitnehmer nicht zur Wanderung über die Landesgrenzen.

— Schliesslich sei noch erwähnt, dass 32% der Betriebe Informationen in der Landessprache anboten, 21% Dolmetscher zur Verfügung stellten, 3,3% Sprachkurse veranstalteten und 2,7% ein Patensystem unterhielten. In Betrieben mit hohem Italieneranteil wurden damit etwas mehr Integrationsmassnahmen angeboten als in den sonstigen Ausländerbetrieben.

Ich möchte nochmals betonen, dass es sich bei diesen Angaben um die ersten Teilergebnisse eines umfangreichen Forschungsvorhabens handelt, und dass in die Auswertung aus methodischen Gründen nur männliche Ausländer einbezogen werden konnten. Ausserdem beziehen sich die Aussagen nicht explizit auf die Situation der italienischen Arbeitnehmer, sondern auf die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit überwiegendem Italieneranteil an den beschäftigten Ausländern. Von daher müssen die Daten sehr vorsichtig interpretiert werden. Andererseits führen sie unsere Kenntnis über das hinaus, was wir von den amtlichen statistischen Angaben her wissen. Aus diesem Grunde wollte ich Ihnen die Teilergebnisse nicht vorenthalten.

II. Ausbildungssituation und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Italiener

Lassen Sie mich nun auf die Fragen der Ausbildung ausländischer und speziell italienischer Jugendlichen zu sprechen kommen.

Im Schuljahr 1976/77 befanden sich 59.400 ausländische Jugendliche im deutschen Berufsbildungssystem. 42.100 ausländische Jugendliche waren in beruflicher Vollausbildung, davon 30.000 in der hier üblichen kombinierten betrieblichen und schulischen Ausbildung und 12.100 in Vollzeit-Berufsschulen. 17.200 ausländische Jugendliche befanden sich in einer Teilausbildung ohne Ausbildungsabschluss.

1976 dürften rd. 21.600 ausländi-

sche Jugendliche vom deutschen Berufsbildungssystem aufgenommen worden sein. Bezieht man diesen Wert auf die Zahl der im Jahre 1976 15—16-jährigen Ausländer, so zeigt sich, dass knapp 60% dieses Jahrgangs in berufliche Bildungsgänge einmündeten, 40% in eine Vollausbildung.

Die Ausbildungsbeteiligung der ausländischen Jugendlichen insgesamt ist damit unzureichend. Dies kommt besonders auch darin zum Ausdruck, dass der Anteil der ausländischen Auszubildenden in kombinierter betrieblich-schulischer Ausbildung an den beschäftigten ausländischen Jugendlichen 1976 nur 26,4% betrug, der Anteil der deutschen Auszubildenden an den beschäftigten deutschen Jugendlichen hingegen 61,3%.

Bei den italienischen Jugendlichen dürften die Dinge eher noch ungünstiger liegen. Wir wissen, dass sich 1976/77 ungefähr 9.500 junge Italiener im deutschen Ausbildungssystem befanden. Daraus lässt sich schliessen, dass 1976 etwa 3.500 italienische Jugendliche in das berufliche Bildungssystem eingeströmt sind. Bezieht man diese Grösse auf die vermutliche Zahl von ungefähr 7.500 italienischen Jugendlichen im Alter von 15-16 Jahren, so ergibt sich ein Einmündungsquote in das Berufsbildungssystem von lediglich 46%.

Für die unzureichende Ausbildungsbeteiligung der Ausländer sind zusammenfassend

— die gegenwärtige Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt;

— fehlende Sprach- und Bildungsvoraussetzungen bei ausländischen Jugendlichen sowie;

— mangelnde Ausbildungsmotivation, die sowohl bei den Jugendlichen selbst als auch bei deren Eltern angesiedelt ist.

Zunächst zum Ausbildungsstellenmarkt.

In der Bundesrepublik drängen bis Mitte der 80er Jahre geburtenstarke Jahrgänge in das Erwerbsleben. Der Bedarf an Ausbildungsplätzen ist bereits zwischen 1973 und 1976 von 466.000 auf 524.000 — also um 58.000 — angestiegen. Obwohl seit 1974 auch das Ausbildungsplatzangebot dank starker Anstrengungen der Wirtschaft zunimmt, gab es 1976 ein leichtes globales Defizit an Ausbildungsplätzen.

Die Ausbildungswünsche der Jugendlichen — auch der ausländischen Jugendlichen — konzentrieren sich auf wenige Branchen und Berufe. Dies hat zur Folge, dass die Defizitsituation in derartigen Bereichen, aber auch in bestimmten Regionen weit ausgeprägter ist als es die Globalsituation vermuten lässt. Andererseits sind die Ausbildungsmöglichkeiten — gerade auch für ausländische Jugendliche — in einigen Ausbildungsbereichen relativ günstig. Zu nennen sind insbesondere die Bauberufe, die Ernährungsberufe und die Gästebetreuungsberufe.

Die derzeitige Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erlaubt es den Ausbildungsbetrieben, unter den Bewerbern auszuwählen. Die bei Ausländern vielfach gegebenen fehlenden Sprach- und Bildungsvoraussetzungen wirken sich unter diesen Umständen besonders nachteilig aus.

Welche wichtige Rolle fehlende Sprach- und Bildungsvoraussetzun-

gen sowie mangelnde Motivation für die unzureichende Ausbildungsbeteiligung insbesondere italienischer Jugendlicher spielen, zeigt eine erst kürzlich veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Studie untersuchte auf der Basis einer Befragung italienischer und deutscher Auszubildender und Jungarbeiter die Einflussfaktoren auf das Bildungsverhalten ausländischer Jugendlicher. Sie erbrachte folgende Ergebnisse:

— Erstens: Mangelnde Schulbildung (wie z.B. fehlender Hauptschulabschluss) ist für die unzureichende Ausbildungsbeteiligung der italienischen Jugendlichen ein hauptsächlichlicher Faktor. Dabei zeigt sich: Vor allem solche italienische Jugendliche weisen eine mangelnde schulische Qualifikation und eine unzureichende Ausbildungsbeteiligung auf, die erst im späteren Kindesalter in die Bundesrepublik gekommen sind und deshalb die deutsche Schule nicht von Anfang an besucht haben.

— Zweitens: Von grosser Bedeutung sind auch mangelnde Deutschkenntnisse. So hat die Mehrzahl der italienischen Auszubildenden bessere Deutschkenntnisse als die italienischen Jungarbeiter.

— Drittens: Die soziale Herkunft — so die berufliche Stellung des Vaters und die Schulbildung der Eltern — ist für die unzureichende Ausbildungsbeteiligung der italienischen Jugendlichen mit massgeblich.

— Viertens: Von einigem Gewicht ist auch die mangelnde Inanspruchnahme der Beratungsdienste der Arbeitsverwaltung. Es zeigt sich, dass italienische Jugendliche bei der Berufswahl relativ stark durch Eltern und Verwandte beeinflusst werden und unzureichende Vorstellungen vom Berufs- und Arbeitsleben in Deutschland haben.

— Fünftens: Auch Rückkehrabsichten stellen einen Faktor für die unzureichende Ausbildungsbeteiligung italienischer Jugendlicher dar. Von denen, die bleiben wollen — etwa ein Drittel —, hat der grösste eine Berufsausbildung aufgenommen.

III. Schwierigkeiten und Möglichkeiten der sozialen Integration

Die unzureichende Ausbildungsbeteiligung der ausländischen und insbesondere auch der italienischen Jugendlichen gibt mir Anlass, mich in meinen Ausführungen zur sozialen Integration insbesondere mit den Möglichkeiten und Massnahmen

zugunsten der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Schule und Beruf zu beschäftigen. Wer die Entwicklung der deutschen Ausländerbeschäftigungspolitik in den letzten Jahren verfolgt hat, weiss: wir haben die Verbesserung der Chancen der zweiten und dritten Ausländergeneration zur Schwerpunktaufgabe der Integrationspolitik erklärt.

Wie ich Ihnen aufgezeigt habe, sind Sprach- und Bildungsmängel der ausländischen und insbesondere auch der italienischen Jugendlichen hauptsächlichlich für Wettbewerbsnachteile auf dem Ausbildungsstellenmarkt und damit mitentscheidend für die unzureichende Ausbildungsbeteiligung.

Die Bemühungen der Länder-Kultusminister, die für den Schulunterricht zuständig sind, richten sich deshalb vor allem auf:

- Die Entwicklung und bundesweite Einführung eines Sprachprogramms für den Deutsch-Unterricht der ausländischen Kinder, das auf deren besondere Situation abstellt,
- die Verbesserung der Lehrer-Aus- und Fortbildung,
- die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relationen und
- die Einführung von Intensivkursen für ausländische Schüler der

Abgangsklassen ohne ausreichende Deutsch-Kenntnisse.

Der Bund unterstützt diese Bemühungen durch die Förderung von Hausaufgabenhilfen für ausländische Schüler. Gegenwärtig kommen ca. 13.000 Ausländerkinder in den Genuss dieser ausserschulischen Betreuung.

Die Sprach- und Bildungsdefizite bei ausländischen Kindern sind bis zu einem gewissen Grad auch die Folge entsprechender Probleme bei den Eltern. Zur Sprach- und Bildungsförderung für die ausländischen Schüler muss deshalb eine entsprechende Förderung der Erwachsenen hinzutreten. Das Sprachunterrichtsangebot für ausländische Erwachsene ist aus diesem Grunde qualitativ verbessert, ausgedehnt und regional gleichmässiger verteilt worden. Gegenwärtig nehmen ca. 12.000 Ausländer an rd. 1.500 Sprachkursen teil. Rd. 5.500 ausländische Erwachsene partizipieren darüber hinaus an sprachlichen und beruflichen Fortbildungsmassnahmen.

Ganz besondere Anstrengungen müssen zugunsten derjenigen ausländischen Jugendlichen unternommen werden, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen haben. Das sind — auch bei den Italienern — ungefähr 60% der Hauptschulabgänger. Aus diesem Grunde wurde ein Programm zur sozialen und beruflichen Eingliederung ausländischer Jugendlicher ohne Hauptschulabschluss entwickelt.

Dieses Programm sieht intensiven Sprachunterricht sowie Sozialisations- und Berufsorientierungshilfen — vermittelt durch eigens dafür ausgebildete Lehrkräfte — in einjährigen Kursen vor. Daran schliesst sich die Vermittlung in Arbeit bzw. Ausbildung oder eine Berufsvorbereitende Massnahme an. Zur Zeit nehmen knapp 3.000 Jugendliche an 100 Kursen teil; für 1979 ist eine Verdoppelung auf ca. 300 Kurse mit rd. 5.000 Teilnehmer geplant.

Die ersten Erfahrungen mit diesem Programm sind sehr positiv. Von den Absolventen des Kurses 1977/78, die im Anschluss nicht in ihre Heimat zurückgekehrt sind, wurden 17% in eine Ausbildungsstelle, 30% in ein Arbeitsverhältnis und 20% in eine berufsvorbereitende Massnahme nach dem Arbeitsförderungsgesetz vermittelt. Das ist eine Erfolgsquote von 67%.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass die bereits erwähnten Erwachsenen-Fortbildungsmassnahmen für jugendliche ungelernete Arbeiter geöffnet wurden. 3.000 jugendliche Hilfsarbeiter partizipieren an den

Fortbildungsmassnahmen.

Für italienische Kinder und Jugendliche wäre es besonders wichtig, das gegebene Angebot an Integrationshilfen voll aufzugreifen. Das ergibt sich aus ihrer besonderen Situation. Für italienische Jugendliche gibt es wegen ihrer Eigenschaft als EG-Staatsangehörige keine rechtlichen Hindernisse beim Zugang zur Beschäftigung oder zur Ausbildung. Sie haben sogar unter denselben Bedingungen wie Deutsche vollen Zugang zu den Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungs-Förderungsmassnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, und dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Allerdings kann das Recht italienischer Eltern, als EG-Staatsangehörige hierzulande jederzeit eine Beschäftigung aufzunehmen und wieder aufgeben zu können, auch zu Nachteilen für die Kinder führen. Italienische Kinder verbringen vielfach kürzere Zeiten im deutschen Schulsystem als die Kinder von Arbeitnehmern aus Drittstaaten. Dies lässt vermuten, dass die besonders geringe Ausbildungsbeteiligung der italienischen Jugendlichen noch mehr als bei anderen Nationalitäten eine Folge ungenügender schuli-

scher Vorbereitung ist.

Unter diesen Voraussetzungen kommt einer guten Zusammenarbeit zwischen den italienischen und den deutschen Stellen ganz besondere Bedeutung zu. Beide Regierungen stellen ihre Bereitschaft hierzu unter Beweis. In Kürze wird im Zusammenwirken von italienischer und deutscher Seite eine Informationskampagne mit dem Ziele anlaufen, die italienischen Jugendlichen verstärkt für eine Beteiligung am Programm zur sozialen und beruflichen Eingliederung ausländischer Jugendlicher ohne Hauptschulabschluss zu motivieren. Insbesondere sollen Informationsblätter in italienischer Sprache über die italienischen Konsulate und Vereine sowie die italienischen Schulräte und Lehrkräfte an die Adressaten — die italienischen Eltern und Jugendlichen — abgegeben werden. Darüber hinaus behandelt eine gemischte deutsch-italienische Kommission Lösungen der Unterrichtsprobleme von italienischen Kindern und Jugendlichen.

Im übrigen versuchen wir, unsere Informations- und Motivationsarbeit für sämtliche ausländischen Jugendlichen zu verstärken.

Die Ihnen vorliegende Informa-

tionsschrift «Mach's richtig» bietet hierfür ein Beispiel. Es handelt sich dabei um eine Aktion zugunsten von ausländischen Jugendlichen im Rahmen der Berufsberatung. Wir informieren die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen vierteljährlich durch die Zeitschrift «Arbeitsplatz Deutschland» und jährlich durch den gleichnamigen Kalender über Neuerungen und Wichtiges aus der deutschen Arbeitswelt. Und wir versuchen vor allem, die Sozial- und Beratungsdienste für Ausländer mit ihren 530 Betreuungsstellen und 670 Sozialberatern zu echten Integrationshilfen auszubauen. Immerhin standen 1977 allein für die Italienerbetreuung im Rahmen der Sozial- und Beratungsdienste 9,14 Mio DM zur Verfügung.

Referat zur Vorbereitung der Gespräche der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe mit Redaktionsleitern italienischer Rundfunksendungen und Publikationen für italienische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik am 19./20. September 1978



Früher,
Lebend in einem Land, in dem ich geboren war
Gebrauchte auch ich meine Ellbogen in dem Gewühl
Wünschte abgefertigt zu werden nach der Reihe
Setzte mich, wenn die anderen sassen und verlangte
Dass mir gehalten wurde, was mir unterschrieben
war.

.....
Jetzt,
Lebe ich in fremden Land, verjagt aus meiner
Heimat
Stehe vor Sitzenden, mache Platz den nach mir
Gekommenen
Und schweige, wenn ich angeschrien werde.

Berthold Brecht (Verhalten in der Fremde)

